Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 257. Donnerstag, den 2. November 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Binnenschiffer und Sozialdemokratie.

(An Schiffer weitergeben.)

Hungersteine ragten in diesem Sommer aus dem Boden versiegter Flußläufe, jene Steine, die in früheren Jahrhunderten von der Bevölkerung gesetzt wurden und von der Sorge und dem Elend kündeten, wenn die sonst wasserreichen Ströme bei langer Sonnenglut ausgetrocknet waren. Neue Hungersteine hätten in diesem Jahre errichtet werden können, da unter der sengenden Hitze Felder, Wiesen und Flüsse verdorrten. Für die von der Binnenschiffahrt lebende Bevölkerung bedeutet das Jahr 1911 eine Wirtschaftskatastrophe mit allen Schrecken, sie leidet nicht nur wie die anderen werktätigen Schichten des Volkes unter den entsetzlichen Folgen der Teuerung, ihr brachte die viele Wochen herrschende Trockenheit Betriebsstockung und völlige Stillegung, Arbeitslosigkeit, verschärft durch Hungersnotpreise. Aber das Verhängnis wird für die Kleinschiffer und die in der Binnenschiffahrt beschäftigten Mannschaften um so folgenschwerer, da sie seit Jahren in einem aufreibenden Konkurrenzkampfe gegen das Großkapital in der Flußschiffahrt stehen, der von den Wasserkapitalisten schonungslos und mit immer größerem Erfolge geführt wird.

Was in anderen Gewerben schon früher eingetreten war, die rücksichtslose Vernichtung der kleinen Betriebe durch die Großbetriebe, vollzog sich in der Flußschiffahrt erst später, aber dafür umso heftiger. Große Reedereien entstanden, denen es noch erleichtert wurde, die Herrschaft über die Ströme an sich zu reißen, da sie durch Verbindung mit anderen Betrieben ihren Schiffen dauernd ausreichende Frachten zuweisen konnten. Es waren die großen Zechen und Kohlenhandlungen, die eigene Flotten bauten, dazu kommt die Konkurrenz der großen Schiffahrtsgesellschaften, die direkt oder indirekt durch die Banken mit den Verfrachtern eng verbündet sind. Lange verschlossen sich die Kleinschiffer der Erkenntnis von dem Gang dieser Entwickelung, sie blickten nur in die Vergangenheit, die wohlhabende Kleinschiffer mit unbedrohter Existenz kannte, und folgten den politischen Lockrufen der Kreise, die sich von ihrem Niederganz nährten. Unter der Schiffahrtsbevölkerung fanden die Konservativen, Klerikalen und Liberalen aller Schattierungen Gefolgschaft, die um ihre Existenz schwer ringenden Privatschiffer glaubten nur zu lange den unsinnigen Erzählungen jener Parteien, daß die Großkapitalisten in der Flußschiffahrt den Kleinschiffern brüderlich die Hand reichen, die gleichen Interessen mit ihnen hätten und gemeinsam die Lage der Flußschiffahrt verbessern wollten. Sehr einfach war das Rezept, das sie den Eignern dazu angaben, alles sollte gut werden, wenn sie die Sozialdemokratie bekämpften und die Politik der Wasserkapitalisten unterstützten. Noch immer wird in den unter der Führung und Aufsicht der großen Reedereien stehenden „Standesvereinen“ der Flußschiffahrt Angst vor der Sozialdemokratie mit der Behauptung zu erwecken versucht, die Sozialdemokraten wollen den Untergang der Kleinschiffer, die ihre Kähne vor den eigentumsfeindlichen Roten verteidigen müßten. So sprechen die Agenten der Großreedereien und der mit ihnen versippten anderen Kapitalsclique, nachdem sie die Privatschiffer durch Preisunterbietung und durch völlige Ausschaltung des Wettbewerbes dem Ruin entgegengetrieben haben.

Jetzt werden sich der Kleinschiffer mit besonderem Eifer wieder ihre Bedränger und Würger erinnern, denn die Reichstagswahlen nahen. Die Situation hat sich aber weidlich geändert, große Kreise des Volkes, die noch bei der Wahl 1907 den Versprechungen und Lockungen der kapitalistischen Parteien trauten, sahen sich genarrt und betrogen. Erhöhte Lasten sind auf die schwachen Schultern gelegt worden, mit immer neuen Steuern auf Lebensmittel und Gebrauchsartikel werden die Armen und minder Bemittelten geplagt und außerdem wird durch die gesamte Wirtschaftspolitik den Großen noch erleichtert, die Kleinen wirtschaftlich niederzutreten. In ihrer Sorge und Not erinnern sich nun auch die Kleinschiffer der Warnungen der Sozialdemokratie, die sie früher zu ihrem Schaden oft überhört hatten. Schon seit langen Jahren hatte die Sozialdemokratie die Verstaatlichung der Schleppschiffahrt gefordert, weil sie sah, daß die Flußschiffahrt mehr und mehr in Abhängigkeit von den wenigen großkapitalistischen Unternehmungen geriet, die es verstanden, die Schlepperei zum Privatmonopol zu machen. Verleumdet wurde dies sozialdemokratische Verlangen als ein Attentat gegen die Selbständigkeit der Kleinschiffer. Das taten die Leute, die für sich und ihre Sippe die Macht über die ganze Schiffahrt erlangen wollten. Noch viel lauter war das Geheul, das sich erhob, wenn darauf hingewiesen wurde, wie die Notwendigkeit einer Verstaatlichung des Schiffahrtsverkehrs zum Nutzen des ganzen Volkes sich immer lebhafter herausstellen werde. Sorge um die Selbständigkeit der Kleinschiffer heuchelten die Großkapitalisten, indem sie wieder versicherten, daß der bewährte Stand der Kleinschiffer dem Vaterland erhalten bleiben müsse. Aber die Tatsachen zeigten, daß sie diesen bewährten Stand bedrückten, ausbeuteten und niederkonkurrierten. Sie lehnen sich wütend gegen eine Verstaatlichung auf, weil die gesamte Flußschiffahrt nach ihrem Willen das Privatmonopol weniger Gesellschaften werden soll. Indes erhebt sich aus den Kreisen der Kleinschiffer selbst lauter der Wunsch nach Verstaatlichung des Schiffahrtsverkehrs, sie wollen ihre Kähne lieber dem Staate verkaufen, als sie unter dem Druck der mit den brutalsten Mitteln betriebenen Konkurrenz der Großunternehmungen ertraglos führen oder gar unbeschäftigt verfaulen lassen.

Dazu drohen den Schiffern neue Gefahren, die ihren Zusammenbruch beschleunigen müssen, wenn sie nicht abgeschlagen werden. Am 17. Oktober trat der alte Reichstag zu einer Sitzungsperiode von ungefähr zwei Monaten zusammen, und in dieser Zeit soll er nach dem Willen der Regierungen und der herrschenden Parteien außer anderen wichtigen Vorlagen auch das Schiffahrtsabgabengesetz erledigen. Bevor das Volk an die Urne tritt, um neue Volksvertreter zu wählen, will man dieses agrarisches Machwerk verabschieden, denn man fürchtet, daß der Reichstag in seiner neuen Zusammensetzung es verdientermaßen in Fetzen reißen wird. Hervorgegangen aus dem Bestreben der Agrarier, die Ausdehnung des Schiffahrtsverkehrs zu hemmen, um damit eine freie und billige Zufuhr von landwirtschaftlichen Produkten zu unterbinden, würde das Gesetz in erster Reihe und mit besonderer Schwere die Kleinschiffer treffen, die die erhöhten Abgaben bei den herrschenden Verhältnissen nur zum geringen Teil oder gar nicht durch gesteigerte Frachtsätze abwälzen können. Das Schiffahrtsabgabengesetz erschwerte es ihnen noch mehr, sich gegen den Wettbewerb der großen Reedereien zu behaupten, auch die heute schon maßlosen Schikanen, denen sie auf der Fahrt ständig ausgesetzt sind, würden durch die komplizierte Gestaltung der Tarife bis zur Unerträglichkeit gesteigert werden. Dagegen wird aus der baulichen Verbesserung der Ströme und Kanäle den kleinen Betrieben am wenigsten ein Ausgleich erwachsen, die Vorteile werden im wesentlichen den großen Betrieben zugute kommen, die ihren Kahnraum fortwährend erweitern.

Gerade diejenigen politischen Parteien, die für das Schiffahrtsabgabengesetz eintreten, werden von dem Großkapital im Schiffahrtsgewerbe unterstützt, selbst diese große Frage für die Schiffahrt hat die Kreise der Großreedereien nicht bewegen können, sich von dem Block zur politischen Knebelung und wirtschaftlichen Auswucherung des Volkes zu trennen. Da sich die Kleinschiffer lange vor den Wagen des Großkapitals spannen ließen, glauben die Großreeder sie weiter als politisches Stimmvieh mißbrauchen zu können. Unter der Maske der Vertretung gemeinsamer Interessen fordern die Wasserkapitalisten die Kleineigner zum Kampfe gegen jede Sozialpolitik in der Binnenschiffahrt auf. Auch hierbei betreibt das Großkapital nur seine eigenen schmutzigen Geschäfte zum schlimmen Schaden der Kleinschiffer. „Der Privatschiffer“, schrieb kürzlich ein bedeutendes Handelsblatt, „geht bei den von den Großunternehmern durch unerhörte Frachtdrückerei betriebenen Wettbewerb dem sicheren Untergang entgegen, viele Tausende tüchtige und strebsame Männer verlieren ihre Selbständigkeit, sie werden Knechte des Großkapitals nach Verlust von Hab und Gut! — Und das Mittel dieser Entwickelung zu steuern, wäre die gesetzliche Regelung der Nacht- und Sonntagsruhe. Nach dem in diesem Falle gewiß unverfänglichen Zeugnis der „Frankfurter Zeitung“ haben nur die Großunternehmer, die zahlreiche Privatschiffe in billige Jahresmiete nehmen, sowie die dem Kohlenkontor angehörenden Großreedereien das Interesse, Personen und Material nach Möglichkeit bei Tag und Nacht auszunutzen. Je mehr Fahrten, desto größer der Gewinn; bei dieser intensiven Ausbeutung machen diese Schiffe mehr als doppelt so viel Reisen wie ein Privatschiffer. Das würde aufhören, wenn eine Sonntags- und Nachtruhe gesetzlich festgelegt wird. Das Geschäft bekommt eine breitere Unterlage, die Nachfrage nach Schiffsraum hebt sich zugunsten des kleinen Mannes.“ — Was hier zugestanden wird, hat die Sozialdemokratie seit jeher als den zweckmäßigsten Weg bezeichnet, nicht nur den Schiffsmannschaften ein menschenwürdiges Leben, sondern auch den Kleinschiffern einen Schutz vor der gewaltigen Konkurrenz der großen Reedereien zu schaffen. Auf dem Rhein, der Elbe, der Oder und den anderen Flußläufen Deutschlands sind dann auch viele Schiffer zur Einsicht gekommen, sie fordern im Gegensatz zu den großen Reedereien zum eigenen Wohl die gesetzliche Regelung der Nacht- und Sonntagsruhe. Bisher sind auch diese Bitten und Wünsche verhallt. Doch in ihrer Macht liegt es, ihren Interessen Gehör zu verschaffen. Die Reichstagswahlen werden auch den deutschen Schiffern Gelegenheit geben, mit ihren Gegnern abzurechnen und den Einfluß der Sozialdemokratie zu stärken, um die kapitalistische Gefahr zu bannen.

Die Reichstagswahl.

Die weltpolitische Wahlparole.

Noch am Grabe des Reichstages pflanzt die rechtsnationalliberale „Magdeburgische Zeitung“ die Fahne der Hoffnung auf. Die Marokko-Interpellation im Reichstag soll den Nationalliberalen den Anlaß bieten, sich als Männer der Weltpolitik aufzuspielen, dem Reichskanzler eine weltpolitische Wahlparole aufzudrängen, denn so versichert das in alldeutsche Verzückung geratene Blatt:

„Geht doch draußen im Lande in die kleinsten Dörfer und fragt umher in den Versammlungen des schlichten Volkes — überall werdet Ihr den einen Grundton widerhallen hören: Entweder wir bauen eine so starke Flotte, daß uns „so etwas“ nicht wieder passieren kann (wenn die Welt weiß, daß wir entschlossen sind, sie im Notfalle auch zu gebrauchen!!), oder wir verzichten, sparen uns alle Opfer und — verschachern unsere Flotte an England!“

Das Marokko-Abkommen ist zwar noch nicht bekannt, aber der „Magdeburgischen Zeitung“ schwant nichts Gutes, deshalb phantasiert sie:

„Und wäre Kiderlen der Mann, als den weite nationale Kreise ihn einst begrüßen zu können glaubten — er träte offen vor den Reichstag hin und würde bekennen: „Ja, ich habe mich geirrt; ich habe einen Schritt gewagt, dessen Konsequenzen ich nicht ziehen konnte, weil bezweifelt werden mußte, ob die verfügbaren Machtmittel zureichend sein würden. Aber wenn auch Bethmann und Kiderlen unter siebenfachem Panzer dies Wort im Busen bewahren: Am Reichstag ist's, es auszusprechen! Am Reichstag ist's, die Tat zu heischen, die sich als notwendige Folge des von Deutschland Erlebten und Erlittenen ergibt, und zu sprechen.

Nun wohl, macht Euch stark — wir stehen als die berufenen und erwählten Vertreter des deutschen Volkes geschlossen hinter Euch. Sagt, was Euch fehlt, tut kund und zu wissen, wie viel Schiffe Ihr braucht, und wir werden Euch bewilligen, was irgend in des Volkes Kräften steht — des Volkes, das nicht fürder zurückweichen will vor jedem Stirnrunzeln des Briten, das seinen Anteil fordert an den Schätzen dieser Erde!“

Das Vorgehen der Panzerplattenpresse entbehrt nicht der Konsequenz. Ein Krieg um Marokkos willen sollte den Panzerplattenpatrioten Aufträge und damit enorme Profite bringen. Dieser Krieg ist jetzt ausgeschlossen, aber die Prozentpatrioten lechzen nach dem Profit und er soll jetzt dadurch erzielt werden, daß Deutschland seine Flotte vermehrt. „Sagt, wie viele Schiffe Ihr braucht“, gröhlt der Moniteur der rechtsstehenden Nationalliberalen, warum fügt das Blatt nicht hinzu: „Die besitzende Klasse Deutschlands ist bereit, die Kosten zu tragen!“ — Vom Bezahlen will der Prozentpatriotismus nichts wissen, dazu ist das Volk noch gerade gut genug. Die ganze patriotische Entrüstung, Sorge und Empörung ist nichts weiter als eine künstlich inszenierte Mache, einzig zu dem Zweck, einen kräftigen Aderlaß an den Massen vorzunehmen, um den Profit einer Anzahl Unternehmer zu erhöhen.

Die Sorgen eines „nationalen Wahlausschusses“.

Der nationale Landesausschuß, der sich in Dresden aus „nationalen Männern“ ganz Sachsens gebildet hat, veröffentlicht die folgende Kundgebung: „Die Reichstagswahlen sind auf den 12. Januar festgesetzt worden. Es muß entschieden als politische Pflicht bezeichnet werden, daß an diesem Tage und dem vermutlich acht Tage später festzusetzenden Termin für die Stichwahlen jeder Wähler an seinem Wohnort anwesend ist. Demgemäß möchten alle Geschäftsreisen an diesen Tagen unterbleiben, und jeder Chef müßte bei der Feststellung des Reiseplans für seine Angestellten schon jetzt darauf Rücksicht nehmen. Aber auch etwa die Abhaltung von Familienfesten, Jagden, der Antritt einer Erholungsreise, einer Fahrt ins Gebirge zum Wintersport, die Anberaumung von Sitzungen 2c. muß so eingerichtet werden, daß an den beiden wichtigen Tagen jeder Wähler an seinem Wohnsitze bleiben kann, und dabei ist auf die Angestellten und Bediensteten in vollstem Maße Rücksicht zu nehmen.“

Die „nationalen" Wähler, für die dieser Mahnruf bestimmt ist, sind mit Arbeit nicht allzusehr beschwert, deswegen ist auch der Rat unterblieben, die Arbeit so einzurichten, daß sie am Wählen nicht hindert, nur die Familienfeste, Jagden, Sport und „Erholungs"reisen werden zu leiden haben.

Und die Arbeiter? Auf die gedenken die nationalen Männer natürlich keine Rücksicht zu nehmen; wenn es möglich wäre, möchte man wohl gerade diesen den Weg zur Wahlurne fest verrammeln.

Der Gegenkandidat des Grafen Oppersdorf.

Das Zentrum hat für den abgesägten Grafen Oppersdorf in dessen seitherigem Wahlkreis Glatz-Habelschwerdt den Hauptlehrer Geisler in Woltersdorf aufgestellt. Graf Oppersdorf kandidiert auf eigene Faust und man kann also in diesem Kreis einen Kampf zwischen zwei Zentrumsleuten entbrennen sehen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die großen Kartoffeln des Junkers.

Im Verlaufe der Teuerungsdebatte im Reichstage hatte der Minister v. Breitenbach darauf hingewiesen, daß seine Verwaltung in der Lage gewesen sei, im Osten beste Eßkartoffeln zum Preise von 2,70 bis 2,90 Mark pro Zentner kaufen zu können. Genosse Südekum hat dann in seiner Rede den Minister gebeten, von der Tribüne des Hauses herunter diese Bezugsquelle für billige Kartoffeln bekannt zu geben, damit die Stadtverwaltungen Gelegenheit hätten, sie auch von dort zu beziehen. Bei der Rede des Ministers hatte nun der konservative Reichstagsabgeordnete v. Brockhausen wütend dazwischen gerufen: „Für 2,30 Mk. können Sie Kartoffeln bei mir haben!"

Der Stadtverordnetenvorsteher in Liegnitz wollte diese günstige Gelegenheit benutzen und bat den fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Fischbeck, den Abgeordneten v. Brockhausen zu fragen, wieviel Zentner Kartoffeln er zum Preise von 2,30 Mk. pro Zentner liefern könne. Abg. v. Brockhausen war von diesem in Aussicht stehenden Geschäft gar nicht erbaut; zunächst bestritt er, von 2,30 Mark gesprochen zu haben, er habe 2,60 bis 2,90 Mark gemeint, auch habe nicht er diese Kartoffeln zu verkaufen, sondern es sei ihm nur erzählt worden, daß man sie irgendwo in Pommern bekommen könne. Ob es allerdings gute Speisekartoffeln wären, das sei ihm sehr zweifelhaft, und schließlich gab er der Liegnitzer Stadtverwaltung den Rat, sie möge sich an die agrarische Verkaufszentrale in Stettin wenden, wo sie ganz gewiß den billigsten Preis für Speisekartoffeln erfahren könne.

Der Junker, ein ehemals gemaßregelter Kanalrebell, hatte also im Reichstage Dinge behauptet, deren Unrichtigkeit sich nunmehr klar ergeben hat. — Die „Deutsche Tageszeitung" bringt fast jeden Tag Nachrichten über außerordentlich niedrige Viehpreise, mitunter behauptet sie, daß da oder dort die Bauern ihr Vieh überhaupt nicht haben verkaufen können, und es wäre fast angebracht, sich in jedem einzelnen Falle an die Redaktion des agrarischen Blattes zu wenden mit der Bitte um nähere Auskunft über diese Bezugsquelle. Man dürfte dann zu demselben Ergebnis kommen, zu dem man mit den billigen Kartoffeln des Herrn von Brockhausen kam.

Feines Geschäft.

Für die Niederwerfung des Boxeraufstandes müssen die Chinesen an die seinerzeitigen Verbündeten die Summe von 1351 Millionen Mark bezahlen. Davon entfällt auf Deutschland die Summe von 275 Millionen Mark. Am 1. Januar 1903 haben die Chinesen mit der Abtragung dieser Schuld begonnen und bis jetzt schon 5 367 000 Mk. zurückgezahlt. Wenn dieses Tempo beibehalten wird, dann dürfte die Schuld so um das Jahr 2100 herum getilgt sein.

Liebert auf Reisen.

Der Reichsverbandsgeneral Liebert hielt Montag abend in Stuttgart eine Versammlung ab, um für seinen Reichsverband Propaganda zu machen. Sozialdemokratische Arbeiter waren aber in so erheblichem Maße in der Versammlung erschienen, daß Liebert unverrichteter Sache wieder abziehen mußte. In einem Telegramm in der „Post" beschwert er sich über diese schnöde Abfuhr und tröstet sich damit, daß das Bürgertum wenigstens überzeugt sei, daß die Sozialdemokratie niedergekämpft werden müsse. — Den Trost kann man ihm lassen.

Zur Marokko-Frage.

Vor einigen Tagen hat der „Berl. Lokal-Anzeiger", offiziös inspiriert mitgeteilt, daß am Dienstag dieser Woche das Marokko-Abkommen unterzeichnet werde, sodaß man damit rechnen konnte, daß am Mittwoch die Veröffentlichung des Vertrages hätte erfolgen können. Inzwischen scheinen sich neue Schwierigkeiten herausgestellt zu haben, denn der „Berl. Lokal-Anz." gibt ein Privat-Telegramm aus Paris wieder, wonach als Tag der Unterzeichnung nunmehr der Freitag in Aussicht genommen sei. Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter soll im letzten Augenblick eine neuerliche Änderung des Vertrages verlangt haben, über die sich die französische Regierung erst schlüssig machen muß.

Das schamhafte Zentrum.

In der Zentrumspresse wurde die Bemerkung des Genossen Bebel auf dem Jenaer Parteitag, daß seinerzeit das bayrische Zentrum den Landtagswahlbund mit der Sozialdemokratie im Dom zu Speyer in Gegenwart des jetzigen Münchener Erzbischofs Bettinger abgeschlossen habe, entschieden abgeleugnet. Der Besuch des sozialdemokratischen Abgeordneten von Vollmar im Speyerer Dom habe nur dessen historischen Bedeutung und den Kaisergräbern gegolten.

Genosse v. Vollmar nimmt jetzt in der „Münchener Post" zu dieser Behauptung Stellung. Er schreibt:

„Ich kam zusammen mit dem damaligen Abgeordneten Franz Ehrhart nach Speyer und wurde von diesem eingeladen, am nächsten Tage einer wichtigen Wahlbesprechung mit einem Vertreter des Zentrums beizuwohnen, und zwar solle diese im Dome stattfinden, weil dies dort am unauffälligsten für das Zentrum erfolgen könne. Wir traten durch eine Seitenkapelle ein, an deren Eingang ein Domgeistlicher uns empfing. Unter dessen Vortritt gingen Ehrhardt und ich — und noch einer — durch die Reihen der knieenden Beter von der Seite in den Dom und dann wenige Schritte weiter in die Krypta, die der Geistliche persönlich öffnete, und, nachdem er eingetreten, wieder versperrte. In der Krypta befanden sich ein paar Altäre, vor denen einige Reihen von Betstühlen standen. Wir ließen uns auf ein paar derselben nieder, die sich nahe der Mauer der Krypta befanden. Hier wurden nun durchaus keine architektonischen oder sonstigen profanen Angelegenheiten besprochen, sondern man unterhielt sich eingehend über das für die Pfalz abzuschließende Wahlkompromiß und die dazu gehörigen Dinge. Während des Gesprächs wandte sich der lustige Ehrhardt einmal nach der hinter uns befindlichen Mauer und meinte, indem er an sie klopfte: „Ob die alte Kaiser do drinne uns wohl höre könne?" Worauf der Geistliche lächelnd meinte: „Wisse Sie, des wees mer noch net, ob do wirklich eener drin is." . . . Kurz darauf öffnete sich rasselnd das Tor, der Kirchendiener führte einen fremden Herrn herein, worauf wir uns erhoben und Krypta und Dom verließen."

Konkurrenz gegen den deutschen Kalibergbau.

Der Kabinettssekretär für das nordamerikanische Ackerbaudepartement, Wilson, teilte mit, das Departement habe im Gebiet der Weststaaten Kalilager von solcher Mächtigkeit entdeckt, daß sie den Gesamtbedarf in den Vereinigten Staaten decken können.

Bürgerausschußwahlen in Mannheim.

Am 31. Oktober ging in Mannheim die Bürgerausschußwahl zur zweiten Klasse vor sich. Die in dieser Klasse zu vergebenden 32 Sitze waren bisher im Besitz der Liberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei, von denen diesmal zwölf Sitze an die Sozialdemokratie abgetreten werden mußten. Unsere Partei hat bekanntlich durch Einführung des Verhältniswahlsystems bei der am 15. Oktober stattgehabten Wahl zur dritten Klasse von ihren 32 seitherigen Sitzen sechs an das Bürgertum abtreten müssen, so daß sie nun einen Gewinn von sechs Mandaten buchen kann.

Die Verteilung der Mandate der zweiten Klasse ist folgende: Sozialdemokratische Partei 12 (2813 Stimmen), Liberale 8 (1852), Fortschrittliche Volkspartei 6 (1241) und Zentrum 4 (1200 Stimmen). Eine Sondergruppe bürgerlicher Mieter brachte es mit 530 Stimmen auf zwei Mandate.

Eine Sinekure.

Der frühere Botschaftsrat in Washington, Graf Georg v. Wedel, ist zum preußischen Gesandten in Weimar ausersehen, nachdem er bereits seit Jahresfrist mit der Wahrnehmung der dortigen gesandtschaftlichen Geschäfte betraut ist.

Welcher Art diese gesandtschaftlichen Geschäfte in Weimar sind, darüber dürfte selbst Herr v. Kiderlen-Waechler nicht in der Lage sein Auskunft zu geben.

China.

Die Revolution. Nach einer Depesche aus Peking hat das Kabinett seine Demission eingereicht, die vom Prinzregenten angenommen wurde. Juanschikai ist zum Premierminister ernannt worden. Der frühere Generalgouverneur von Kanton, Weikuangtao, ist ist zum Generalgouverneur von Hukuang, General Yintschang zum Chef des Generalstabes, Prinz Tsching zum Präsidenten und Na-tung und Hsue-tschi-tschang zu Vizepräsidenten des Geheimen Rats ernannt worden. Das Kabinett soll gebildet werden, sobald Juanschikai das Amt des Premierministers übernimmt. In der Zwischenzeit sollen Prinz Tsching als Premierminister und Na-tung sowie Hsue-tschi-tschang als seine Beigeordneten fungieren.

Aus Peking wird weiter gemeldet: Der Hof will bedingungslos alles annehmen, was in der Stadt Wutschang, dem Hauptsitz der Regierung der Rebellen, zwischen dem Generalissimus Juanschikai und dem Rebellenführer Liyuanheng, vereinbart werden wird. Dieser soll darauf bestehen, daß die kaiserliche Garde durch Ausschluß aller Mandschu-Elemente umgestaltet, daß die Institution der Vizekönige abgeschafft werde und die an ihre Stelle tretenden Präfekten sich einen Aufsichtsrat mit Vetorecht gefallen lassen müssen.

Die Lübecker Arbeiterschaft und die Teuerung.

Zu einer wuchtigen Kundgebung gegen den Lebensmittelwucher gestaltete sich die große Volksversammlung, die am Mittwoch abend stattfand. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war bis auf das letzte Plätzchen angefüllt. Kopf an Kopf drängten sich die Massen. Von manchen Gesichtern konnte man die unheilvolle Wirkung der Teuerung ablesen. Eine Riesenversammlung derjenigen, die nach dem Willen der Herrschenden weiter hungern sollen, damit die Reichen noch reicher werden. Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins, Genosse Löwigt, eröffnete 3/4 9 Uhr die Versammlung. Er gab seiner Freude über den zahlreichen Besuch Ausdruck und erteilte dann das Wort der Referentin Frau Käte Leu. Diese führte unter anderem folgendes aus: „Lebensmittelteuerung! Was birgt dieses Wort für eine Unsumme von Not und Leiden in sich. Manche Arbeiterfrau, die hier Platz genommen hat, wird ein Lied zu singen wissen von der Teuerung, deren Ursachen wir heute untersuchen wollen. Sie erinnern sich doch der Worte Wilhelms II.: Die Frau gehöre ins Haus und nicht in die politische Versammlung. Aber wenn die bürgerliche Gesellschaft uns durch den Mund Wilhelms II. zuruft, wir sollten Strümpfe stricken, so mag sie erst dafür sorgen, daß wir Wolle dazu haben, und wenn Wilhelm II. meinte: Die Frau soll am Kochtopf stehen, so muß erst etwas in dem Topfe liegen, wenn es einen Zweck haben soll am Kochtopfe zu stehen. Aber das fehlt eben der arbeitenden Bevölkerung. Sogar von der deutschen Regierung ist zugegeben worden, daß eine erhebliche Teuerung besteht. Das hat sich auch aus der Teuerungsdebatte des Reichstages ergeben. Bethmann-Hollweg schob die Schuld in erster Linie auf die Dürre, aber auch auf den Zwischenhandel. Das war uns bis jetzt neu. „Die Spannung ist zu arg zwischen Ein- und Verkaufspreisen" sagte Bethmann-Hollweg, des Deutschen Reiches Kanzler. Bisher zeterte die herrschende Gesellschaft über Vernichtung des Mittelstandes, wenn eine Konsumvereinsgründung durch die Arbeiter vorgenommen wurde. Jetzt empfiehlt die Regierung das gleiche Rezept. Dann schob Bethmann-Hollweg die Schuld auch auf die Presse. Die sozialdemokratischen Zeitungen sollen die Lebensmittelteuerung künstlich herbeigeführt haben. Wie naiv? Die Arbeiterpresse hetzt nicht und braucht gar nicht zu hetzen. Sie braucht nur die nackten Tatsachen wiederzugeben. Die Berliner Frauen sollen einmal Bethmann-Hollweg durch die 91000 Kellerwohnungen Berlins führen. Er würde staunen über die Not und das Elend. Aber er würde auch einsehen, daß ein Verhetzen nicht erst nötig ist, des Volkes Not zu konstatieren. Lassen wir nun die bürgerlichen Parteien über die Teuerung reden. Zunächst die Agrarier. Die schieben die Schuld auf die Schlachter. Ein leichter Ausweg für die Lebensmittelverteuerer. Und die Liberalen? Die hampeln so ein bißchen von einem Fuß auf den andern. Die wollen sukzessive die Teuerung aus der Welt schaffen. Vielleicht mit Flottenrüstungen und Kolonialpolitik. Nun kommt der deutsche Kaiser an die Reihe. Der weiß ja am besten, wo die Teuerung herstammt. Wir sollen sie hinnehmen als eine Fügung des Himmels. Gewiß die Dürre des Sommers hat auf die Preise eingewirkt. Aber die Ursachen traten schon früher zutage. Das weiß auch Wilhelm II., denn der hat schon 1910 eine Zulage von 3½ Millionen Mark bekommen, weil alles teurer geworden ist. Daneben ist aber der Kaiser auch der größte Rittergutsbesitzer in Deutschland. Wilhelm II. ist auch Fabrikant. Trotzdem mußten 3½ Millionen zugelegt werden. Es war ja eine Lebensmittelteurung. Aber wie muß diese sich erst bei einem niedrigen Einkommen von etwa 500 Mk. bemerkbar gemacht haben. Wir wollen jetzt einmal die Lebensmittelteurung der Arbeiter beleuchten. Wir haben in dieser teuren Zeit die Tatsache zu konstatieren, daß das deutsche Brotgetreide im Auslande viel billiger zu haben ist, als in Deutschland selbst. Das wird manchem Anwesenden spanisch vorkommen. Namentlich den Frauen; die werden meinen, daß doch das Korn dort wo es gebaut ist, am billigsten ist. Wir haben aber bekanntlich eine herrschende Partei im Reichstage, nämlich die Agrarier." Rednerin erörtert hierauf das System der Einfuhrscheine in klarer und ausführlicher Weise. Auf jeden Doppelzentner ausgeführtes Getreide zahlt das Reich eine Prämie von 5 Mk. „Für die Scheine sollte zunächst das im Osten ausgeführte Getreide, im Westen in gleicher Menge wieder hereinkommen. So lange konnte man das mit ansehen. Aber die Agrarier drückten die Abschaffung des Identitätsnachweises durch. Und auf diese Weise führten sie zu ihrem Nutzen die Teuerung herbei. Die Agrarier stellen sich dumm, wenn es sich ums Volkselend handelt, sie sind aber gerissen und schlau, sobald ihre Profite erhöht werden können. Nachdem der Identitätsnachweis fiel, waren die Einfuhrscheine für die Junker bares Geld. Mit ihrer Hilfe konnte man für jeden Sack Getreide 5 Mk. Prämie aus Mitteln der deutschen Steuerzahler in die Tasche stecken. So sieht die junkerliche Auswucherungspolitik aus. Für Hafer gibt es auch 5 Mk. Ausfuhrprämie, aber dafür führt man nicht Hafer, sondern Gerste als Futtermittel ein, weil die nur 1,30 Mk. Zoll kostet. Das eine steht fest: Man führt das notwendigste Nahrungsmittel aus und bringt andere minderwertige Gebrauchsgegenstände wieder herein. Unzählige Millonen Mark haben die Agrarier seit 1902 durch das Einfuhrscheinsystem aus dem Reiche herausgeholt. Sogar das linksfreisinnige „Berliner Tageblatt" schrieb, daß die Regierung nichts gegen die Not des Volkes getan hat. Es sei Wahnsinn, daß unser gutes Getreide ins Ausland gebracht wird und wir dafür Abfälle einführen. Es sei Wahnsinn, daß der russische Bauer seine Schweine mit deutschem Korn billig füttern könne und wir die russische Kleie teuer bezahlen müßten. Freilich, dieser Wahnsinn habe Methode. Rednerin kommt auf die Zollschranken und die Grenzsperre zu sprechen. Die letztere sei aus gesundheitlichen Rücksichten notwendig. Die Agrarier schützen aber nur unsere Gesundheit, wenn sie Profit dabei machen können. Die Grenzsperren sollen den Viehhaltern nützen. Aber den kleinen Viehhaltern schadet sie nur. Diese müssen sich bittersauer die teuren Futtermittel vom Munde absparen. Im Winter, wenn Schmalhans Küchenmeister ist, geht es nicht gut, ein Ferkel mit durchzuschleppen. Und solch ein Wurm kostet 16—20 Mk. Bis diese halbemarkweise zusammen kommen, dauere es bei dem Arbeiter lange, sehr lange. Bald brauchen die Kinder etwas anzuziehen, bald der Vater ein paar Stiefel, dann kommt wieder die Miete, dann wieder etwas anderes und so kommt es selten dazu, eine lebende Sparkasse für den Winter, in Gestalt eines Schweines, anzulegen. Aber wir leben nicht von Brot und Fleisch allein. Indes alles was man braucht, ist durch die indirekten Steuern verteuert. Die indirekten Steuern sind ein Schandsystem. Der invalide Leierkastenmann muß seine Bedürfnisse genau so hoch versteuern wie die Frau Krupp, die 17 Mill. Einkommen im Jahre hat. Der Hottentotten-Reichstag hat aber auch einmal an die minderwertigen Geschöpfe, an die Frauen gedacht. Weil wir Frauen die Lasten der sozialen Gesetzgebung mitzutragen haben, schuf man eine Witwen- und Waisenversicherung. Indes diese ist auch darnach. Wie sieht es aus im Arbeiterhaushalt, wenn der Mann als Leiche auf dem Schlachtfelde der Arbeit blieb? Wie schwer hat es eine so vom Schicksal heimgesuchte Frau? Auch die Lübecker Arbeiter haben alle Ursache aufzubegehren. Denken wir an jenen Arbeiter, der von einem umfallenden Holzstapel erschlagen wurde, denken wir an das Unglück am Possehlschen Neubau. Die Witwen haben einen Anspruch auf Unterstützung aus der Witwen- und Waisenversicherung. Aber fragt mich nur nicht wie. Nicht etwa alle, sondern nur die invaliden. Wenn sie weniger als ein Drittel dessen verdienen, was gesunde Personen zu verdienen imstande sind, dann bekommen die Witwen 20 Pfg. pro Tag als Rente und für das erste Kind 10 Pfg., für das zweite 9 Pfg., für das dritte 8 Pfg. (All. Pfuirufe.) Ja Pfui! Glauben Sie doch nicht, daß der Witwe diese 20 Pfg. vom Staate geschenkt werden. Nein, beim Brot muß sie die 20 Pfg. als indirekte Steuern wieder zurückzahlen. Die Referentin kommt auf die Arbeitslöhne zu sprechen. Besonders scharf kritisiert sie das Akkordsystem. Dann geht sie zu dem Kapitel Wohnungselend über, mit tieftraurigen Tatsachen an das Urteil und Gefühl der Hörer appellierend. „Die Arbeiter sehen oft nicht in eine Wohnung, sondern in eine Höhle", meint die Rednerin. Himmelschreiendes Wohnungselend ist namentlich in Ostelbien vorhanden. Vielfach nur ein Raum. Der Herd steht in der einen Ecke. Zwei Betten für 7 Personen in der andern. Und die Luft in dem Raume? Da wird gekocht, gewaschen, Windeln getrocknet usw. Das ist ein Skandal. Und Wilhelm II. sagte, daß die Schweineställe in Ostelbien besser eingerichtet seien als die Arbeiterwohnungen. Er hat recht. Aber die Arbeiter können sich keine bessere Wohnung leisten. Obgleich auch die Frau oft das Arbeiterheim verlassen und mit in das Joch der Ausbeutung treten muß, reicht der Verdienst beider nur aus, das bißchen nackte Dasein in der kümmerlichsten Weise zu fristen. Vernehmt die schaurige Wahrheit, daß 195 000 Kinder ohne warmes Essen sind. Die Wirtschafterin und Erzieherin fehlt eben im Hause des Arbeiters. Die steckt im Arbeitsjoch. Wer zerstört also die Familie? Die Sozialdemokratie oder das herrschende kapitalistische Wirtschafts-

system? Die Kinder wachsen ohne Erziehung auf. Aber wehe, wenn das Kind dann später einmal im Leben strauchelt. Man zieht es vor die Schranken des Gerichts und schleppt es unbarmherzig ins Gefängnis, die Ursache der Straftaten nicht einsehend, daß dem Kinde die Mutter fehlte und dadurch die Verwahrlosung eintrat. 36 000 Kinder gehen in Deutschland Tag für Tag in die Schule, ohne etwas genossen zu haben. Und die Agrarier, die Rechte, lachte im Reichstage über die Genossen Scheidemann und Südekum, die von der Not des Volkes sprachen. Die Agrarier lachen über die durch ihre Politik herbeigeführte Not des hungernden Volkes. Sollten die Arbeiter am 12. Januar den Herren das Lachen nicht austreiben wollen? Diese Ausplünderer und Wegelagerer mögen auf ihren ostelbischen Misthaufen bleiben, aber nicht im Reichstage Politik machen zum Schaden der Volksmehrheit. Man kann das Wort Lebensmittelteuerung nicht in einem Vortrage erschöpfen. Da müssen Sie die Arbeiterpresse lesen. Wenn Sie aber eine Besserung wünschen, dann halten Sie Abrechnung am 12. Januar mit denjenigen, die da sagten, eine Arbeitslosenversicherung sei eine Prämie auf die Faulheit. Aber nicht nur mit den Herren müssen wir abrechnen, sondern auch mit deren Handlangern, mit den Liberalen, die mitschuldig sind an der Auswucherungspolitik der breiten Massen, weil sie — wie Herr Klein in Lübeck — gegen die Ergreifung von Maßnahmen gegen die Teuerung stimmten. Ihr Lübecker könnt ja zweimal abrechnen. Zuerst schon bei den Bürgerschaftswahlen könnt ihr den Herrschenden in die Suppe spucken. Und am 12. Januar haltet dann Generalabrechnung. Wenn wir Frauen nur mitmachen könnten. Wenn wir auch das Recht zum Wählen nicht haben, dann wühlen wir um so mehr. Denkt an den schönen Sieg bei den Oldenburger Landtagswahlen. Da haben wir Frauen auch unser Teil dazu beigetragen. Wir sind von Haus zu Haus gegangen und haben agitiert. Und wenn man uns trösten will mit dem Bemerken, die Teuerung sei eine Fügung des Himmels, so sagen wir, teilt ihr erst einmal den Himmel hier auf Erden mit uns, dann teilen wir auch mit Euch den Himmel da oben. Also kämpfen wir. Aber das Wort Kampf das ist schon manchen ans Ohr gedrungen. Was heißt Kampf? Kampf heißt Wunden erdulden, Opfer bringen Die paar Tränen, die man vergießt, die Wunden, die wir erleiden, was sind sie gegen den Preis, der uns winkt, 36 000 Kinder nicht mehr hungrig zur Schule gehen zu wissen. Die Solidarität, der Klassenstolz treibt uns vorwärts. Also hinein in den Kampf! Nieder mit der Lebensmittelteurung. Hoch die Völkerfreiheit! An die Gewehre! Mit diesen Worten ziehen wir in den Wahlkampf und wir werden siegen. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Genosse Stelling wies zunächst darauf hin, in welcher eigenartigen Weise sich Senat und Bürgerschaftsmehrheit zu den sozialdemokratischen Teuerungsanträgen verhalten habe. Man habe dort das Vorhandensein einer großen Teuerung einfach abgeleugnet. Sodann ging Redner auf das letzte Eingesandt des Mischmaschkandidaten Klein in der bürgerlichen Presse ein. Herr Klein behaupte jetzt, daß er das Vorhandensein einer großen Teuerung nicht bestritten habe. Dabei stehe fest, daß der Herr nach dem amtlichen Stenogramm ausdrücklich betont habe, „ob diese Teuerung nun aber in dem Maße, wie sie hier von dem Herrn Vorredner (dem sozialdemokratischen Fraktionsredner) geschildert worden ist, eingetreten ist, wage ich zu bezweifeln.“ Hieraus gehe doch klipp und klar hervor, daß Herr Klein das Vorhandensein einer großen Teuerung bezweifelt habe. Der Mischmaschkandidat habe dann durch seine Ausführungen in der Bürgerschaft, daß bei einer Reihe von Lebensmitteln die Teuerung nur in der Phantasie des Publikums bestehe, letzteres schwer beleidigt. Sei es doch Tatsache, daß die Teuerung sich auf fast alle Lebensmittel erstrecke. Selbst bei dem Schweinefleisch, das nach Meinung von Klein um 15 Pfg. pro Pfund gesunken ist, mache sich jetzt eine steigende Tendenz bemerkbar. Wenn Klein behaupte, die Kartoffeln seien im Preise ebenfalls nicht wesentlich gestiegen, so kenne er die tatsächlichen Verhältnisse nicht. Klein behaupte, daß der „Volksbote“ verleumde; jedenfalls schließe Klein hier von sich auf andere. Der Herr behaupte dann in seinem Eingesandt, daß der sozialdemokratische Antrag gewissermaßen für die Bürgerschaft schon erledigt war, nachdem im Reichstag die Teuerungsdebatte zur selben Zeit stattfand. Die Sozialdemokraten haben jedoch ihren Teuerungsantrag drei Wochen vor der betr. Bürgerschaftssitzung dem Wortführer eingereicht. Derselbe sei also früher dem Wortführer der Bürgerschaft übermittelt gewesen als der liberale Antrag beim Wortführer des Bürgerausschusses. Im übrigen sei doch der Reichskanzler nicht allein im Reiche entscheidend, er müsse seine Ansicht eventuell korrigieren, wenn die Mehrheit der Volksvertretung es wolle. Eigenartig müsse es berühren, daß Herr August Pape von Herrn Klein als der von ihm Geschobene bezeichnet werde, soweit es sich um den liberalen Teuerungsantrag handele. Mit faulen Mätzchen operiere Klein in seinem Eingesandt. Der Mischmaschkandidat habe in der Bürgerschaft sich dahin geäußert, daß der zweite Teil des sozialdemokratischen Antrages, der vom Staat Maßnahmen gegen die Teuerung verlange, vielleicht wert sei, an den Bürgerausschuß gebracht zu werden. Das sei äußerst kennzeichnend für den „liberalen“ Herrn Klein. Daß auch er seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag mit den Senatsworten, man werde für ausreichende Arbeit für die Arbeitslosen sorgen und es sollten Erhebungen über die Teuerung angestellt werden, begründe, berühre eigentümlich. Mit solchen Maßnahmen schaffe man die Teuerung nicht aus der Welt. Wenn Klein behaupte, der sozialdemokratische Antrag ziele auf die Beseitigung des Zwischenhandels hinaus, so grenze das an Demagogie. Die Situation liege jetzt so, daß Klein einsehe, daß er, der vor 10 Monaten behauptet hätte, die Beamten ständen infolge der Teuerung vor dem Ruin, sich festgelaufen habe. Jetzt versuche er vergebens, die Sache wieder einzulenken. Das werde ihm aber nicht gelingen. Die Arbeiterschaft und die minderbemittelten Schichten werden Klein schon am Tage der Bürgerschaftswahl und am 12. Januar die richtige Antwort geben. Weiter aber sei es notwendig, daß immer größere Schichten sich dem sozialdemokratischen Verein anschließen und auf den „Volksboten“ abonnieren. Das sei die beste Antwort auf das ablehnende Verhalten der Bürgerschaftsmehrheit. Mit einem warmen Appell zur regen Propaganda schloß Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Hierauf nahm das Wort unser Reichstagsabgeordneter Genosse Theodor Schwartz (mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen begrüßt): Man kann gar nicht begreifen, daß in einem Staat wie Lübeck die gesetzgebende Versammlung so ist, wie sie sich vor 14 Tagen gezeigt hat. Es gibt doch gar keinen Zweifel daran, daß seit dem Eintreten der Zollerhöhung, seit dem 1. April 1906, die Lebensmittelpreise ständig gestiegen sind. Seit zehn Jahren ist die Teuerung permanent und da gibt es noch Leute, die das ableugnen wollen! Liebedienerei vor den Agrariern, weiter nichts. Die Liberalen liebäugelten ja immer mit den Agrariern. Und 1907 hatten sie sich sogar diesen mit Haut und Haaren verschrieben. Keine Partei des Reichstages — außer den Agrariern — hat es gewagt, die Teuerung abzustreiten. Die bürgerlichen Parteien versuchten allerdings, die Teuerung als gelinde hinzustellen, Doch ist eine Unmenge von Material über die Schwere der Not angehäuft. Und sogar von den Gegnern, den christlichen Gewerkschaften, ist nachgewiesen, daß die Steigerung der Löhne nicht mit der Steigerung der Lebensmittelpreise Schritt gehalten hat. Bethmann hat nach dem Muster des Landwirtschaftsrates die Teuerung als einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit bezeichnet. Mit welchem Recht? Die Agrarier haben seit Jahren Riesengewinne eingeheimst, wie kann man da noch verlangen, daß die Ärmsten der Armen den Schaden der Dürre tragen sollen. Die sanitären Maßnahmen an den Grenzen sollten auch etwas weniger schikanös gehandhabt werden, damit Schlachtvieh hereinkommen kann. Im übrigen: Dies wird nicht die letzte Versammlung gegen die Lebensmittelteuerung sein. Der ganze Reichstagswahlkampf wird sich um den Hunger drehen. Bethmann-Hollwegs Wahlparole lautet: Festhalten an der agrarischen Wirtschaftspolitik. Er will die Teuerung also bis in alle Ewigkeit begründen. Da heißt es vorbeugen. Die Teurung kommt noch toller. Also Abrechnung halten am 12. Januar. In Lübeck kann kein Zweifel mehr über die Stimmabgabe herrschen. Sie werden gegen den Agrarier stimmen müssen. Sie werden auch gegen die Liberalen stimmen, denn die Lübecker Liberalen sind nichts anderes als verkappte Agrarier. Alles haben sie verwässert, das Wahlrecht haben sie preisgegeben, und die allgemeine Teuerung leugnen sie ab. Gerade aus diesem Grunde müssen wir im Wahlkampfe die Lebensmittelteuerung an erster Stelle behandeln. Wir werden den Massen in eindringlichster Weise klar machen, daß sie von den herrschenden Klassen, zu denen auch die Liberalen gehören, nichts zu hoffen, wohl aber alles zu fürchten haben, und daß die Stunde sich nähert, wo sie ihr Geschick in die eigenen starken Hände nehmen. (Stürmischer Beifall.)

Frau Dr. Schlomer legte den Frauen ans Herz, die Konsequenz aus der Versammlung zu ziehen und sich der sozialdemokratischen Organisation anzuschließen. Hierauf wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 1. November im Gewerkschaftshaus tagende, von über 2000 Personen besuchte Volksversammlung erklärt, daß sie auf dem Boden der Anträge der sozialdemokratischen Fraktion in der Bürgerschaft steht. Sie fordert sowohl von der Reichsregierung als auch von der lübschen Staatsregierung, die Lebensmittelteuerung mit allen Mitteln zu bekämpfen; insbesondere hinzuwirken auf die Beseitigung der Einfuhrscheine, auf die Aufhebung der Lebensmittelzölle, auf die Beseitigung der Steuern auf die notwendigen Lebensmittel.

Die Versammlung erklärt ferner, daß es für jeden Mann und jede Frau notwendig ist, sich der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation der Arbeiter anzuschließen und Leser des „Lübecker Volksboten“ zu werden, um den Kampf gegen die Teuerung wirkungsvoll durchzuführen.

In einem kurzen Schlußwort wies der Vorsitzende darauf hin, daß diejenigen Leute, die gegen den sozialdemokratischen Antrag in der Bürgerschaft auf Ergreifung wirksamer Maßnahmen gegen die Teuerung gestimmt haben, jenen zuzuzählen seien, die die Teuerung als eine Schickung des Himmels hinzustellen versuchen und es deshalb nur gerecht finden, wenn die minderbemittelte Bevölkerung Not leidet. Die Antwort müsse bei der Bürgerschaftswahl und bei der Reichstagswahl erteilt werden. Es gelte Herrn Klein, der die Schwäche seiner Position selbst fühlt, nicht nur klein zu kriegen, sondern dafür zu sorgen, daß ihm und seinen Hintermännern am Wahltage bei der Stimmzettelauszählung schwarz vor Augen wird. (Stürmischer Beifall.) Mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 2. November.

Achtung Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird heute, Donnerstag, und morgen, Freitag, abends von 8 Uhr an zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshause anwesend sein.

Achtung, Bauarbeiter! Über die Firma Glogner ist bei den Ausschachtungsarbeiten der Straßenbahn-Wagenhalle (Rabenstraße) wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt. Kein rechtlich denkender Arbeiter darf den entlassenen Kollegen in den Rücken fallen.

Die Tarifkommission.

Der Fuchs in der Falle. Mit dem ihm eigenen Ungeschicke sucht jetzt Herr Julius Klein, der Kandidat des Klüngels aller Schattierungen, den unangenehmen Eindruck abzuschwächen, den seine Stellungnahme gegen den sozialdemokratischen Teuerungsantrag in der Bürgerschaft überall hervorgerufen hat. Die ganze lübsche Reichsverbandspresse muß ein langes von ihm komponiertes Klagelied darüber anstimmen, daß wir seine Volksfreundlichkeit absolut nicht einsehen wollen, obwohl doch er es eigentlich gewesen sei, der den Antrag A. Pape im Bürgerausschuß veranlaßt habe. Danach wäre A. Pape also die Marionette Kleins. Diese Rolle hätten wir Herrn Pape eigentlich nicht zugetraut; aber Klein muß es ja wissen. Nur wird dadurch an der Sache, daß der hiesige Reichsverbandskandidat in der Bürgerschaft, also in der sogenannten lübschen Volksvertretung, — als welche der Bürgerausschuß wohl von keiner Seite betrachtet werden kann — gegen Maßnahmen auf Linderung der Teuerung auftrat, nichts geändert. Und dann noch eins: Herr Klein behauptet, wir verführen nach dem Grundsatz „Verleumde kühn, es bleibt doch etwas hängen“, obwohl wir den stenographischen Bericht seiner Ausführungen wiedergegeben haben. Er irrt sich wohl in der Adresse. Seine Freunde waren es, die den jesuitischen Schwindel von den zweibeinigen Tieren in Uniform verbreitet und bisher noch nicht widerrufen haben. Die Schwindler sind also ganz auf seiner Seite.

Mit der Einführung des 5-Minuten-Verkehrs auf der Marlibahn beschäftigte sich gestern auf Antrag des Senates der Bürgerausschuß. Die Durchführung dieser Verkehrsverbesserung wird 88 000 Mk. kosten. Der Fünfminutenverkehr soll in der Weise durchgeführt werden, daß abwechselnd alle 10 Minuten ein Wagen bis zum Bahnhof fährt, der nächste Wagen aber nur bis zum Geibelplatz läuft. Hier trifft er regelmäßig mit dem vom Burgtor kommenden Bahnhofswagen zusammen, sodaß die Fahrgäste ohne Verzögerung durch Umsteigen durch die Beckergrube an den Bahnhof gelangen, falls sie nicht vorziehen, schon an der Ecke der Hüxstraße und Königstraße auszusteigen und vom Markt oder Kohlmarkt zum Bahnhof weiterfahren. Der Bürgerausschuß sprach sich für die Mitgenehmigung dieses Antrages durch die Bürgerschaft aus.

Herzlosigkeit. Unter dieser Spitzmarke berichteten wir über einen bedauerlichen Vorfall, der sich dieser Tage im „Konzerthaus Lübeck“ zugetragen hat. Von der Besitzerin des „Konzerthauses Lübeck“ erhalten wir eine Zuschrift, in der es heißt, daß dem Verletzten von ihr jegliche Hilfe zuteil geworden sei. Zum Schluß habe sie ihn nicht mehr im Hause behalten können, weil auch sie sich nach dem Bette sehnte. Herzlos sei sie, wie Böttger, noch nie gewesen. Vom Vorsitzenden des Vereins, der an dem betreffenden Abend das Vergnügen veranstaltet hatte, werden die Angaben der Frau Böttger bestätigt. Unser Gewährsmann hält demgegenüber an seiner Darstellung des Sachverhalts fest, wenn auch das Verhalten der Wirtin in einem anderen Licht erscheinen kann.

Schlutup. Die Sprechstunden des Arbeitersekretariats müssen diesen Monat umständehalber am Sonnabend, den **11.** und **25.** November, abends von 6 bis 7¼ Uhr im Lokale des Herrn Saborowski „Gasthof zur Linde“ stattfinden.

Schwartau. Frauenversammlung am Freitag, 3. November, abends 8½ Uhr im Gasthof Transvaal. Genossin Leu wird den Frauen einen Vortrag halten „Unsere Arbeit im Wahlkampf“. Die Genossinnen müssen fleißig für diese Versammlung agitieren.

Schwartau-Rensefeld. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats finden umständehalber diesen Monat wie folgt statt: Freitag, den **10.**, und Freitag, den **24.** November im Lokale des Herrn Pinkert, „Gasthof Transvaal“.

Waren. Reichstagskandidatur. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins tagte am Sonntag abend im Gasthof „Zur Traube“. Nachdem die Versammlung das Andenken an den verstorbenen Genossen Lorenz-Hamburg durch Erheben von den Plätzen geehrt, erklärte sich die Versammlung mit großer Majorität für die Kandidatur des Parteisekretärs Kröger-Rostock.

Wismar. Für den Vater geopfert. Zwischen dem Schiffer Möller in Plau und seinem Personal war ein Streit ausgebrochen. Der 21jährige Sohn Karl wollte seinem hart bedrängten Vater beispringen, doch erhielt er von einem der Angreifer mit einer Latte, in der ein Nagel steckte, so schwere Hiebe auf den Kopf, daß er tot niedersank.

Güstrow. Der Raubmord in Karrentin vor dem Schwurgericht. Wegen schweren Raubes hatten sich Dienstag vor dem Schwurgericht der bisher unbestrafte Bäckergeselle Ernst Wächtler, 22 Jahre alt, geboren in Coßdorf, der Bäckergeselle Nairz, 22 Jahre alt, geboren in Zirl in Tirol, und der Schulknabe und Hütejunge Friedrich Schomaker aus Hamburg, 14 Jahre alt, zu verantworten. Der Angeklagten wird zur Last gelegt, in der Nacht zum 26. Juli dieses Jahres in Karrentin gemeinschaftlich dem pensionierten Lehrer Prahl in seiner Wohnung ein Portemonnaie mit 200 Mark in Gold, zwei Hundertmarkscheine und ein Sparkassenbuch über 980,90 Mark geraubt, und bei dem Raube Prahl gemartert und dadurch seinen Tod herbeigeführt zu haben. Die Angeklagten geben im großen und ganzen die ihnen zur Last gelegten Verbrechen zu. Den Tod Prahls wollen sie aber nicht beabsichtigt, auch nicht damit gerechnet haben, daß er infolge der ihm von ihnen zuteil gewordenen Behandlung sterben könne. Das Urteil lautete gegen Nairz und Wächtler wegen schweren Raubes auf je 15 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen Schomaker wegen Beihilfe dazu auf 3 Jahre Gefängnis unter Berücksichtigung seiner Jugend.

Cuxhaven. Schiffsstrandung. Gestern morgen ist infolge des Weststurmes der norwegische Dreimaster „Hammonia“, von Drammen mit einer Holzladung nach Itzehoe unterwegs, auf Großvogelsand gestrandet. Das Schiff ist total wrack. Die Mannschaft wurde durch ein Rettungsboot des dritten Feuerschiffes gerettet und in Cuxhaven gelandet.

Stade. Moabit vor dem Landgericht in Stade. Die Strafkammer in Stade verhandelte am Mittwoch gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Harburger Parteiblattes, weil er den Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow beleidigt haben soll. Die Sache steht in engem Zusammenhange mit den Vorkommnissen in Moabit. Jagow war zu der Verhandlung nicht erschienen; der Staatsanwalt hatte ihn nicht geladen. Es kam deshalb vor Eintritt in die Verhandlung zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und der Verteidigung. Der Erste Staatsanwalt erklärte, er habe die Ladung nicht ergehen lassen, weil das Ministerium seine Einwilligung zu der Vernehmung Jagows nicht gegeben habe. Der Vorsitzende stellt darauf fest, daß er die Ladung [illegible] angeordnet habe. Er halte es für erforderlich, daß Jagow auslage über den Inhalt seiner Rede. Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Schmoldt-Stade erklärte im Namen seines Auftraggebers, dieser wisse nicht, wie die Rede in die Presse gelangt sei. Der Verteidiger Dr. Herz-Altona drückte sein äußerstes Befremden darüber aus, daß der Staatsanwalt die Anordnung des Gerichts auf Ladung Jagows ignoriert habe. Der Staatsanwalt sei in diesem Falle nichts weiter als ausführendes Organ, er habe nur die Funktionen eines Boten und habe unzulässig in die Rechte des Vorsitzenden eingegriffen. Jagow solle garnicht über Amtsgeheimnisse vernommen werden. Der Angeklagte habe ein Recht darauf, daß Jagow zugeben müsse, daß er sich in scharfen, bewußten Gegensatz zu den Feststellungen des Gerichts gesetzt hat. Dann durfte der Angeklagte auch harte Ausdrücke gebrauchen und mit Hohn und Spott gegen Jagow vorgehen. — Mit Rücksicht auf die erschienenen Zeugen soll kein Antrag auf Vertagung gestellt werden. Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, in die Verhandlung einzutreten. Es war der Meinung, daß der Staatsanwalt nicht gesetzmäßig gehandelt hat, als er die Verfügung des Vorsitzenden nicht ausführte. Er hätte mindestens rechtzeitig Mitteilung machen müssen, daß vom Ministerium die Genehmigung zur Vernehmung nicht erteilt sei. Die Erklärungen des Nebenklägers seien völlig belanglos. Das Urteil lautete nach längerer Verhandlung, auf die wir noch zurückkommen werden, folgendermaßen: Der Angeklagte wird zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil soll im „Harburger Volksblatt“, im „Vorwärts“ und im „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht werden. Als mildernd ist angesehen worden, daß Schubert mit Recht annehmen konnte, daß sich Jagow in bewußtem Gegensatz zum Landgerichtsurteil stellen wollte. Festgestellt ist, daß von einzelnen Polizeiorganen Gesetzwidrigkeiten begangen wurden, nicht nur grobe Beleidigungen, sondern sogar grobe tätliche Mißhandlungen an Unschuldigen. Eine Geldstrafe konnte nicht in Frage kommen, weil der Angeklagte schon schwer bestraft ist.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:

Vom Dampfer „Amerika“	0,50 Mk.
Durch das Arbeitersekretariat, aus Anlaß der Schlichtung einer Streitsache	3,00 „
Sammelliste 132 bei Schmidt u. Co. . . .	19,90 „

Das Parteisekretariat.
Bromme.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Wohlfeile Woche!

Aufsehenerregend billige Preise!

Schürzen

Serie I — 1.00 M.

Empire-Schürze Gingham mit Besatz . . . . . Stück
Blusen-Schürze mit gestickter Borte . . . . . Stück
Tändelschürze farbig, Satin mit Blendenbesatz . . . . . Stück
Tändelschürze weiß, mit Trägern, Stickerei . . . . . Stück

Serie II — 1.75 M.

Blusenschürze Gingham reich mit Blendengarnitur . . Stück
Empireschürze Hausmacher mit Blendengarnitur . . . . Stück
Kleiderreformschürze hübsch besetzt . . . . . Stück
Tändelschürze weiß mit Trägern und Stickereibesatz . . . Stück

Serie III — 2.75 M.

Blusenschürze waschecht, Gingh. in moderner Ausführung Stück
Empireschürze mod. Satin mit Blendenbesatz . . . . . Stück
Kleiderreformschürze mit Blenden- und Stickereiborten . Stück
Blusenschürze Wienerleinen mit Stickereiborte . . . . . Stück

Wäsche

Serie I — 1.15 M.

Damen-Hemd Achselschluß, mit gestickter Passe . . . . Stück
Damen-Beinkleid mit Stickerei-Einsatz . . . . . Stück
Damen-Nachtjacke Croise mit Languette . . . . . Stück
Untertaille mit breiter Stickerei und Banddurchzug . . . Stück

Serie II — 1.75 M.

Damenhemd viereckig. Ausschnitt, Stickerei und Einsatz . . Stück
Damenbeinkleid m. breit. Stickerei und Einsatz . . . . . Stück
Damennachtjacke Croise m. Hohlnaht, Besatz u. Säumchen Stück
Untertaille mit Stickerei und Einsatz . . . . . Stück

Serie III — 2.75 M.

Damen-Hemd Reformschnitt mit Stick., Eins. u. Banddurchz. Stück
Damen-Beinkleid Knieform mit breit. Stick. u. Säumch. Stück
Damen-Nachtjacke Croise mit breit. Stick. u. Säumch. . . Stück
Untertaille mit breiter Stickerei u. Einsatz, sehr elegant Stück

Taschentücher

Serie I — 1.25 M.

Linontücher gewaschen, 1/2 Dtz. . . . . .
Damentücher mercerisiert mit bunter Kante . . . . . 1/2 Dtz.
Buchstabentücher Schweizer Stickerei . . . . . 1/2 Dtz.
Madeiratücher imitiert, mit Languette . . . . . 1/4 Dtz.

Serie II — 1.95 M.

Linontücher weiß . . . . 1 Dtz. . . . . .
Rein Leinentücher für Damen und Herren . . . . . 6 Stück
Herren-Zephirtuch farbig 1/2 Dtz. . . . . .
Damen-Batisttücher mit farbiger Kante . . . . . 6 Stück

Serie III — 2.75 M.

Buchstabentuch weiss Linon 1/2 Dtz.
Rein Leinentuch für Damen und Herren . . . . . 1/2 Dtz.
Herren-Batisttuch mit farbiger Kante . . . . . 1/2 Dtz.
Schweizer Stickereit. rein Leinen m. gestickt. Ecke u. Lang. 1/3 Dtz.

Strümpfe

Serie I — 42 ₰

Damen-Strümpfe deutschlang, Wolle, platt. . . . . Paar
Herren-Socken grau Wolle, platt. . . . . Paar
Herren-Socken graue Landwolle . . . . . Paar
Herren-Schweißsocken grau . . . . . Paar

Serie II — 88 ₰

Dam.-Kaschmirstrümpfe reine Wolle, schwarz . . . . . Paar
Damenstrümpfe schwarz, gestrickt . . . . . Paar
Herrensocken mod. Ringeldessin Paar
Herrensocken grau, reine Wolle Paar

Serie III — 1.25 M.

Damen-Kaschmir-Strümpfe mod. Ringelmuster . . . Paar
Damen-Kaschmir-Strümpfe reine Wolle lederfarbig . . Paar
Damen-Kaschmir-Strümpfe reine Wolle schwarz . . Paar
Herren-Kaschmir-Socken mit seid. Stickerei . . . . . Paar

Handschuhe

Serie I — 75 ₰

Damen-Trikothandschuhe farb., schwarz, mit 2 Druckkn., Paar
Damen-Strickhandschuhe weiß . . . . . Paar
Damen-Trikothandschuhe farb. imitiert Wildleder . . . . Paar
Damen-Ballhandschuhe weiß, mit 12 Knöpfen . . Paar

Serie II — 1.25 M.

Damen-Trikothandschuhe reine Wolle, in mod. Farben . . Paar
Damen-Trikothandschuhe farb. gefütt., mit 2 Druckknöpf. Paar
Damen-Trikothandschuhe imit. Wildleder, 12 Knöpfe . . Paar
Herren-Trikothandschuhe farb. reine Wolle . . . . . Paar

Serie III — 1.75 M.

Damen-Glacéhandschuhe Lammleder in mod. Farb. Paar
Damen-Suedehandschuhe farb. mit 3 Perlmutterknöpfen Paar
Damen-Trikothandschuhe rein Wolle . . . . . Paar
Herren-Trikothandschuhe rein Wolle . . . . . Paar

Konfektion

Kimono-Blusen
Woll-Batist mit hübsch. Seiden- und Gold-Kurbelei, Tüll-Kragen ganz gefüttert, in diversen Farben . . . . . Stück — 4.25 M.

Mäntel
aus vorzügl. marine Wintercheviot, großer Matrosenkragen aus Tuch oder Samtbesatz, 120 cm lang . . . . . — 14.00 M.

Samt-Kleid
gut tragbarer Velvet in mehreren modernen Farben, mit Gold- u. Silberstickerei, Seiden-Schnur und passend gestickter Tasche — 32 M.

Mützen

Ein Posten **Mädchen-Teller-Mützen** Stück — 75 ₰

Ein Posten **Herren-Sport-Mützen** Stück — 95 ₰

Ein Posten **Knab.-Winter-Mützen** Stück — 95 ₰

Schirme

für Damen u. Herren
solider bwl. Taffetbezug mit gleichem Futteral, moderne Griffe . . . . — 2.60 M.

für Damen u. Herren
prima Halbseide mit Garantie-Inschrift, äußerst dankbar . . . . . — 3.25 M.

für Damen u. Herren
1/2seiden Surah-Bezug, bewährteste Webart, reinseidenes Taffetfutteral . . . . . — 4.25 M.

Parfümerie

6 Stück Blumenfettseife Karton
3 Stück Lanolinseife
1 Frisier- und Staubkamm
1 Zahnbürste und Zahnpulver
— 50 ₰

Wellschere und Brennapparat zusammen
1 Flasche Bay-Rum . . . Stück
1 Zelluloid-Haarbürste . Stück
1 Haarbürste . . . . . Stück
— 75 ₰

6 Stück Veilchenseife . Karton
1 Fl. Mundwasser . . . . Stück
1 Fl. Eau de Cologne . . Stück
Manicure . . . . . Stück
— 95 ₰

Rudolph Karstadt.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 257. Donnerstag, den 2. November 1911. 18. Jahrg.

Generalstreik im britischen Kohlenbergbau in Sicht.

Von gut unterrichteter Seite erfahren wir über die Situation im britischen Kohlenbergbau folgendes:

Der in der ersten Oktoberwoche in Southport (Lancashire) tagende Jahreskongreß der Miners Federation of Great Britain hat einstimmig den Beschluß gefaßt, am 14. November in einer Extrakonferenz über die Einleitung des Generalstreiks aller der Organisation angeschlossenen Kohlenbergwerksarbeiter zu beschließen, wenn bis dahin die Bergwerksbesitzer nicht die Zahlung eines Minimallohnes „für alle Männer und Knaben, die in den der Federation angeschlossenen Revieren in den Gruben arbeiten, ohne Rücksicht auf abnorme Arbeitsstellen" garantiert haben. Dieser Beschluß ist dahin zu verstehen, daß nicht nur an Arbeitspunkten mit normalen Gewinnungsbedingungen der vereinbarte Minimallohn gezahlt werden soll — denn hierüber kommt es selten zu schweren Differenzen —, vielmehr soll in Zukunft der Brauch ausgeschlossen sein, an solchen Arbeitspunkten, wo die Gewinnung der Kohle abnormal sehr schwierig ist, deswegen trotz fleißiger Arbeit das übliche Mindestmaß nicht gefördert werden konnte, einen häufig weit unter dem tariflichen Mindestsatz bleibenden Lohn auszuzahlen. Es liegt ja auch ein schroffer Widerspruch darin, gerade solche Hauer unter dem Mindestlohn zu entlohnen, die an den besonders schwierigen Arbeitspunkten ausnehmend schwer arbeiten müssen und doch weniger fördern können, als ihre Kameraden an besseren Arbeitsstellen. Diese Garantie eines auskömmlichen Lohnes auch an den abnormalen Arbeitsstellen ist eigentlich der Kernpunkt der mit jenem Beschluß nun akut gewordenen allgemeinen Lohnbewegung im britischen Bergbau.

Die Bergwerksbesitzer haben stets diese Lohngarantie abgelehnt, mit der Behauptung, sie bedeute die Aufhebung der „unentbehrlichen" Akkordarbeit im Bergbau. Von den Arbeitern wird dem widersprochen mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß man bereits in einzelnen Bezirken zu einem Lohnarrangement an den abnormalen Arbeitsstellen gekommen sei, ohne Aufhebung des Akkordsystems.

Der Konferenzbeschluß verlangt auch nicht einen generellen Minimallohn für alle Distrikte, sondern jeder soll zunächst „so früh als möglich" über einen individuellen Minimallohn für jeden Distrikt gesondert mit den Grubenbesitzern verhandeln und sollen die Distriktsdelegierten auf der Extrakonferenz am 14. November über das Ergebnis Bericht erstatten. Bereits am 15. Juni d. J. hat sich anläßlich des Streiks auf den walisischen Cambriaminen eine Spezialkonferenz der Miners Federation mit der Frage der Lohnzahlung an abnormalen Arbeitsplätzen beschäftigt. In dieser Konferenz wurden aus den meisten Distrikten über Streitigkeiten wegen der Minimallohnzahlung und über kolossale Lohnunterschiede in ein und demselben Bezirk Klage geführt. Der Niederschlag dieser Berichterstattung ist jener Beschluß von Southport. Er wurde, wie gesagt, einstimmig gefaßt, und die vorhergehende Debatte ließ keinen Zweifel an der Entschlossenheit der Arbeitervertreter übrig, die erhobene Forderung durchzuführen. Die auch in die deutsche Presse übergegangenen Mitteilungen über eine „Panik auf dem britischen Kohlenmarkte" beweisen mindestens, daß man auch in den britischen Werksbesitzerkreisen die Situation als kritisch ansieht.

Der Southporter Beschluß hat dann noch eine sehr wichtige Ergänzung erfahren durch eine Änderung des Miners Federation of Great Britain. Diese Organisation ist ein typisches Beispiel für die Art der gewerkschaftlichen Zentralisation in Großbritannien. Sie setzt sich aus 17 Distriktsverbänden zusammen. Jeder besitzt administrativ völlige Autonomie. Zwei Distriktsverbände, Schottland und Südwales, sind wieder gebildet aus einer Anzahl ebenfalls administrativ autonomer Unterverbände; sie stellen für sich eine Federation dar. Alle Distriktsverbände und die südvalisische und schottische Bergarbeiterfederation gaben sich ein Zentralorgan in dem Exekutivkomitee der 1889 gegründeten Miners Federation of Great Britain. Durch Zahlung eines Eintrittsgeldes von 20 Mk. und eines bestimmten Quartalbeitrages pro vollzahlendes Mitglied erwerben sich die Einzelverbände das Recht, auf der Jahresversammlung der britischen Federation vertreten und stimmberechtigt zu sein. Sie wählt das Exekutivkomitee, in dem alle Einzelverbände vertreten sein müssen, beschließt über die alle Bergarbeiter berührenden sozialpolitischen Angelegenheiten, organisiert Aktionen zur Erlangung besserer Arbeitergesetze, hält die Verbindung mit den Zentralen der anderen Trade-Unions aufrecht, betreibt die Wahl von Bergarbeitern in das Parlament, zahlt ihre Wahlkosten, Diäten und Fahrgelder, und trifft Entscheidungen in allen die Allgemeinheit der Bergarbeiter angehenden Fragen des Lohnes und der sonstigen Arbeitsbedingungen. Über die internen Angelegenheiten der Einzelverbände hat der Jahreskongreß der Miners Federation of Great Britain nur insofern Beschlußkraft, als dem Exekutivkomitee das Recht gegeben ist, im Falle eines Streiks für den unterstützungsbedürftigen Distriktsverband von allen angeschlossenen Verbänden Extrabeiträge zu erheben. So zahlte dies Exekutivkomitee in diesem Jahre auf dem Wege des Umlageverfahrens erhobene Extrabeiträge an die streikenden Südwaliser 1½ Millionen Mark Unterstützung.

Der § 21 des Federationsstatuts sah nun früher vor, daß zum Zwecke der Abwehr von Lohnverschlechterungen usw. die Miners Federation of Great Britain den Generalstreik aller Mitglieder erklären könne. Dieser § 21 ist in Southport folgendermaßen abgeändert worden:

„So oft irgend ein Verband oder ein Distrikt wegen einer Lohnfrage oder einer anderen Frage des Arbeitsverhältnisses angegriffen wird, oder mit Zustimmung einer besonders zu diesem Zwecke einberufenen Konferenz (den mit den Werkbesitzern geschlossenen Vertrag) gekündigt hat, um die Arbeitsverhältnisse zu bessern oder eine Lohnerhöhung zu verlangen, soll eine Konferenz (des Gesamtverbandes) einberufen werden, die zu beraten hat, ob eine gemeinschaftliche Aktion tunlich ist."

Nunmehr stellt der Federationsvertrag auch ein Angriffsbündnis dar, während er früher nur gemeinschaftliche Verteidigungsaktionen vorsah! Damit ist auch das formelle Hindernis der Erklärung des Generalstreiks im Falle der Ablehnung der Minimal-Lohngarantie weggeräumt. Daß dieser Beschluß gerade jetzt gefaßt worden ist, beweist, daß die Organisationsführer auf eine ablehnende Haltung der Bergwerksbesitzer, mindestens in einigen Distrikten, gefaßt sind. Wenn aber auch nur in einem Distrikt keine Einigung mit den Bergwerksbesitzern erzielt wird, dann schon gestattet die jetzige Fassung des Federationsstatuts die Erklärung des Generalstreiks, und wie die Dinge z. Z. in England liegen, dürften die Massen sich mit einer mehr oder weniger platonischen Lohnzusicherung durch die Unternehmer nicht zufrieden geben. Die Sachlage ist auch bereits insoweit geklärt, als die Vertreter der Unternehmerorganisationen in einer mit dem Exekutivkomitee der Miners Federation of Great Britain drei Tage vor der Southporther Jahresversammlung in London abgehaltenen Zwiesprache die Ablehnung der Minimallohngarantie erklärt haben!

Alles hängt also von den jetzt im Gange befindlichen Verhandlungen der Distriktsverbände der Bergarbeiter mit den Werksvertretern ab. Es versteht sich von selbst, daß in diesem Stadium der Bewegung von den intern gepflogenen Verhandlungen nichts verlautbaren darf. Die Konferenz der Miners Federation am 14. November wird Klärung schaffen. Wenn man sich des schroffen Verhaltens der walisischen Grubenbesitzer während des fast einjährigen Streiks der Cambriabergleute und an deren furchtbare Erbitterung erinnert, so kann man nur sehr schwache Hoffnung auf eine gütliche Beendigung der Lohnbewegung hegen. Man erwartet mit Recht ein Eingreifen der Regierung im Sinne der Vermittelung zwischen den Parteien. Aber die Stimmung der britischen Bergleute ist derart gereizt, daß man ihnen mit einem verklausulierten „Agreement" (Vereinbarung) nicht kommen darf. Zu etwas anderem haben sich aber die Grubenbesitzervertreter bisher nicht bereit erklärt.

Wird keine Einigung erzielt, und die Miners-Konferenz beschließt am 14. November den Generalstreik, dann wird er einheitlich begonnen werden müssen. Da erhebt sich die Schwierigkeit der verschiedenen Kündigungsfristen. Wir meinen die in den mit den Grubenbesitzern und der Arbeiterorganisation abgeschlossenen Verträge enthaltenen Kündigungsfristen. In mehreren Distrikten ist siebentägige, in anderen 14tägige Kündigungsfrist vorgesehen. Am längsten ist die Kündigungsfrist in Süd-Wales, nämlich monatlich und noch dazu kann beiderseits nur am ersten Monatstage gekündigt werden. Würde die Konferenz am 14. November den Generalstreik beschließen, dann könnte er frühestens am 1. Januar 1912 beginnen, sofern eine zeitlich einheitliche Arbeitseinstellung beschlossen und alle Distriktsverbände sich an die Kündigungsfristen hielten.

Ein Generalstreik der britischen Kohlenbergleute würde alle bisher dagewesenen Massenstreiks in den Schatten stellen. Nach dem Bericht des staatlichen Chefinspektors waren Ende 1910 in der britischen Kohlenindustrie 1 049 407 Personen beschäftigt, davon 848 381 unter Tage. Mit einigen Ausnahmen umfassen die bergmännischen Distriktsverbände nur die Untertagsarbeiter, auf die es ja beim Grubenbetrieb ankommt. Einem vorläufigen Bericht der „Labour Gazette" (Augustheft) zufolge waren Ende 1910 von den Beschäftigten in den Gruben und Steinbrüchen Großbritanniens 729 723 organisiert, gegen 717 929 im Jahre 1909 und 571 423 im Jahre 1906. Etwa 20—22 000 der Organisierten arbeiteten in den Erzgruben und Brüchen, es blieben also noch über 700 000 Organisierte für den Steinkohlenbergbau übrig. Den zielsicheren Kern der gesamten Arbeiterschaft bildet die Miners Federation of Great Britain mit ihren 17 Unterverbänden und zusammen über 600 000 Vollmitgliedern. Im britischen Bergbau sind über 53 000 Knaben im Alter von 13 bis 16 Jahren unterirdisch beschäftigt. Bis meistens zum vollendeten 18. Lebensjahre brauchen die Bergarbeiter-Verbandsmitglieder nur die Hälfte des regulären Beitrages zu zahlen; in der Mitgliederaufstellung erscheinen je zwei Halb- als ein Vollmitglied. Infolgedessen ist die Zahl der der Miners Federation angeschlossenen Mitglieder tatsächlich erheblich höher, als 600 000, weil in dieser Zahl die Halbmitglieder als Vollmitglieder erscheinen.

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kretzer.

(30. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

„Beinahe", sagte Gertrud lachend. „Wie kannst du nur der guten Mama solchen Kummer machen. Und dir wächst der Schnurrbart noch kaum."

„Hör mal, dadurch gewinnst du bei mir nicht," sagte Günther trocken, „so was beleidigt einen Mann."

„Ach, rede doch nicht, du willst ja erst einer werden," reizte ihn Gertrud nun noch mehr, denn sie fand es nicht schön, daß er so leicht über diese Dinge hinwegging.

„Du, das sag nicht noch mal," drohte Günther lächelnd. „Dann nehme ich dich, wie du bist, und trage dich durchs Kontor."

Plötzlich ließ sich das bekannte Trillern vernehmen. „Ist das der Sänger?" fragte Gertrud, die schon wußte, wen man ins Geschäft genommen hatte.

Natürlich war es Emmerich, der gerade die Wendeltreppe heraufkam und ihnen den Weg versperrte. Entschieden hatte er wieder der Portweinflasche zugesprochen, denn sofort strömte ihm der Mund über. „Ei, ei, ist das das reizende Fräulein? Mein Kompliment Ihrer Schönheit, mein Kompliment. Ja, die Granies, das waren herrliche Menschen, ganz herrliche Menschen." Ohne erst eine Gegenrede abzuwarten, sang er ein Loblied auf Gertruds Vater, den er zu seinen Bewunderern gezählt habe. Vulkanartig kamen diese Erinnerungen in lauten Brusttönen hervor, so daß man es sicher vorn an den Pulten hörte. „Wenn ich euch so ansehe — was für ein Paar gäbet ihr, was für ein herrliches, wunderbares Paar: du, mein Junge, und diese göttliche Graziella hier. Hört mal: findet euch, haltet euch fest und bleibt euch treu. Und dann, Kinderchens — liebt euch vor allem, denn das Leben ist so kurz, so gemein kurz. Jajaja." Er schmetterte es wieder hinaus, dieses Jajaja, wie einen Lustrefrain, der seiner gefesselten Stimme Befreiung geben müsse.

Dann spielte er den ganz Galanten: „Mein göttliches Kind, diesen Handkuß der Bewunderung. Wir sehn uns noch, wir sehn uns noch! Ein armer Zigeuner singt Ihnen dann ein Lied — das Lied von seligen Zeiten: „Und war es nur ein Traum — es war ein schöner Traum."

Schon wollte er ihre Hand ergreifen, als Günther mit einem energischen „Bitte . ." vor Gertrud trat, sie dann am Arm nahm und mit sich fortzog. Es war nur ein Augenblick des Drohens gewesen, aber beider Männer Atemzüge hatten sich fast berührt, so dicht standen sie Leib an Leib. Emmerich erhitztes Gesicht hatte Frobel junior genug gesagt, und so war dieses Recken seiner Gestalt entstanden, zu dem das Zornesgefunkel der Augen kam.

Des schönen Dedos Lachen klang geschraubt. „Immer derselbe Schäker, derselbe launenhafte Schäker," rief er wie zur Entschuldigung der Granie zu; dann ging er mit großen Schritten davon, um die Ecke ins Kontor.

„Wie mich dieser Mann behandelt — einfach großartig," sagte Gertrud, noch immer verblüfft.

„Das hat mich eben geärgert."

„Aber doch ein interessanter Mensch. Heute noch hübsch. . . . Er duzte dich ja."

„Das hängt mit seinem Größenwahn zusammen," redete sich Günther aus. „Und dann nimmt er es sich heraus, weil Mama ihn früher verehrte."

„Ja, ich kenne die Geschichte, auch mit Großmama Brüning. Zu Hause sprach man davon," erwiderte Gertrud.

„Na, dann weißt du ja alles."

„Und du scheinst ihn nicht leiden zu können."

„Weil er keine Manieren hat."

„Seine Mutter war ja wohl eine Obsthändlerin, nicht wahr?"

„Auch das noch! Du weißt ja mehr als ich."

„Von Mama. Wir lasen ja von seinem Fiasko. Und dann heißt er eigentlich Rübsam."

„Mitten auf der Treppe zum zweiten Stockwerk blieb Frobel junior stehen. „Wie heißt er? Rübsam? Das ist ja zum Brüllen schön. Obsthändler Rübsam — die Firma gefällt mir. Dann hat er sich auch den „Dedo" wo anders hergeholt."

„Ganz wie deine Nina, verehrter Herr Günther Frobel. Heißt sie nicht eigentlich Käsemann?"

Er lachte nicht mehr. „Du bist ja herrlich unterrichtet. Mama hat wohl schon einen Detektiv engagiert."

„Schäme dich. So etwas kann man doch sehr leicht erfahren. Übrigens ist das sehr eingerissen bei Künstlern, sich so hochklingende Namen beizulegen."

„Na also, dann laß doch Nina in Ruh. Sie stört euch alle nicht."

„Doch, doch, Herr Frobel junior. Sie stört das Familienensemble. Übrigens, du — ich hätte einen Vorschlag. Wir sehen sie uns einmal zusammen an. Ja? Morgen abend, denn heute ist's wohl zu spät. Ich lade dich ein — natürlich Proszeniumsloge. Du kannst mich ja nachher ruhig schießen lassen."

„Du hast ja eine hübsche Meinung von mir."

„Ich bin eben ein modernes Mädchen: ich verzeihe alles, was ich verstehe. Nämlich deine tiefe Leidenschaft zu Fräulein Anna Käsemann, genannt Nina Ranow."

„Gut, gut, das machen wir," sagte Günther trotzig. „Ich brauche mich ja nicht zu genieren, denn du willst es so haben."

„Also abgemacht."

„Abgemacht. Natürlich kenne ich an diesem Abend nur Fräulein Gertrud Granie."

„Danke für das große Opfer. Schreibe ihr nur gleich morgen: „Familienrücksichten, Fremdenführer spielen und so weiter". So wird's ja wohl gemacht, nicht?"

Frobel junior war die Sache nicht ganz unangenehm, denn er hatte mit Gertrud schon ein wenig zu Nina geprahlt. Und wenn er nun mit ihr in der Loge säße, dann würde die Kleine auf der Bühne sicher von der Eifersucht geplagt werden, was er ihr gönnte, denn seit einiger Zeit traute er ihr nicht mehr recht. Sie sprach so viel von einem hübschen Kollegen, der „rein verrückt" nach ihr sei, so daß er schon unruhige Stunden gehabt hatte, um so mehr, als sie seit Neujahr nicht mehr bei ihren Eltern wohnte; infolge seiner offenen Hand.

Als sie denselben Weg wieder zurücknahmen und in Günthers Kontor kamen, fanden sie Emmerich allein im Zimmer vor, denn Herold war nicht anwesend. Er mußte soeben erst von Frau Frobel herausgekommen sein, denn er stand nicht weit von der Tür. Günther sah noch, wie er eine Anzahl Hundertmarkscheine in der Hand hatte, gerade so, als wollte er sie noch einmal zählen, bevor er sie einsteckte. Emmerich ließ sie auch rasch verschwinden, machte, anscheinend verlegen, stumm eine Verbeugung vor Fräulein Granie und stürmte dann, knallrot im Gesicht, an beiden vorbei.

„Ei, der hat aber Moos", sagte Gertrud lustig.

„Wahrscheinlich hat er was fürs Geschäft zu bezahlen", log Frobel junior tapfer drauf los, denn in Wahrheit hatte

Zieht man nun noch in Betracht, daß die Arbeitseinstellung der weit überwiegenden untertags beschäftigten Federationsmitglieder die Beschäftigungslosigkeit der Obertagsarbeiter ohne weiteres nach sich zieht, und bedenkt man ferner, in welchem Umfange besonders das Transportgewerbe, die Eisen- und Stahlindustrie von einer Einstellung der Kohlenförderung betroffen wird, so darf man getrost die Zahl der durch einen Generalstreik der britischen Kohlenbergleute zur Ruhe kommenden Arbeiter auf weit über eine Million schätzen! Vor dieser Katastrophe können die Grubenbesitzer die Volkswirtschaft bewahren, wenn die Arbeiterforderung: Garantie eines auskömmlichen Minimallohnes, bewilligt wird.

Der neueste Marineskandal.

Nicht zum wenigstens war es das Verdienst sozialdemokratischer Kritik, daß in den Verwaltungsbetrieb unserer herrlichsten deutschen Marine kritisch hineingeschaut wurde. Als die Verfehlungen, die fiskalische Liederlichkeit, die imponierende Sachunkenntnis der Marinebeamten des Materialressorts zum Himmel stanken, da kamen Versprechungen von den Regierungstischen des Deutschen Reichstages haufenweis. Das „Berliner Tageblatt" bringt jetzt eine kleine Illustration dazu, wie das „Ordnungsmachen" und die „Einführung kaufmännischer Wirtschaft" auf der Kieler Werft in Wirklichkeit aussehen.

Die Magazinaufseher waren damals die Kamele, die in die Wüste geschickt wurden. Als kaufmännische — wohlgemerkt kaufmännische — Vorgesetzte haben sie jetzt wegen gänzlicher Dienstunfähigkeit mit Pension entlassene Deckoffiziere erhalten! Diese Deckoffiziere, denen man den völligen Mangel an kaufmännischer Bildung nicht allzusehr übel zu nehmen braucht, sie haben doch ihr ganzes Leben lang einen anderen Beruf gehabt, kosten an Gehältern die runde und nette Summe von 60 000 Mark, da selbstverständlich der neue Posten besser besoldet werden muß als die alten der Magazinverwalter.

Nun wirft sich aber noch die besonders interessante Frage auf, woher denn eigentlich die 60 000 Mk. genommen werden, denn der Marineetat sieht für diese Ausgabe, die bei seiner Beschlußfassung ja noch garnicht bekannt war, dafür keinen einzigen Pfennig vor!

Also wieder einmal ein feiner Gestank im kaiserlich deutschen Marinebetrieb! Nicht vergessen darf aber dabei werden, daß dies alles überhaupt nicht möglich wäre, wenn im deutschen Reichstage Männer das deutsche Volk vertreten würden, die wissen, welche Stellung sie gegenüber den wahnwitzigen Flottenrüstungen und den lächerlich-widerlichen Wirtschaftsmethoden der Marine einzunehmen haben. Es sei hier nur daran erinnert, wie sich der Reichstag am 15. Februar bei der ersten Etatslesung benahm, als die Sozialdemokraten forderten, den Heizern ihre 20-Pfennig-Tages-Zulage zu belassen. Da stimmten alle die Herren, die sonst nicht genug für die Flotte ausgeben können, geschlossen dagegen. Es waren 33 Rittergutsbesitzer, Majorats-, Fideikommiß- und Erbherren; 24 Landwirte, Guts- und Hofbesitzer; 12 Erzpriester, Pfarrer, Domkapitulare und Prälaten; 16 Amtsgerichts-, Regierungs-, Geheime Finanz-, Justiz- und Medizinalräte; 7 Rentiers; 8 Fabrik-, Brauerei-, Weinguts- und Mühlenbesitzer; 5 General- und Bankdirektoren; 2 Generalleutnants z. D.; 3 Bürgermeister; 7 Rechtsanwälte; 6 Oberlandesgerichts-, Oberregierungs- und Oberjustizräte; 2 Landesgerichtsdirektoren; 1 Oberlandesgerichtspräsident; 1 Kgl. Ökonomierat; 1 Landrichter; 1 Syndikus; 5 Professoren; 2 Lehrer resp. Oberlehrer; 6 Redakteure und Schriftsteller; 3 Tischlermeister; 2 Bäckermeister; 1 Malermeister und 1 Kaufmann! Dazu kam noch aus Arbeiterkreisen der Herr Fleischer, Verbandssekretär der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin!!

Es bleibt nun abzuwarten, was dieselben Leute sagen werden, wenn ihnen wieder vorgehalten wird, wie sehr sie mitschuldig sind an der beispiellosen Mißwirtschaft in der Materialverwaltung der deutschen Marine.

Der Raubkrieg.

Es läßt sich nicht mehr bezweifeln, daß die Italiener in Tripolis eine furchtbare Niederlage erhalten haben. Konstantinopeler Telegramme melden sogar die Gefangennahme des italienischen Generalissimus und die bevorstehende Kapitulation von Tripolis.

Der Oberkommandierende der türkischen Truppen in Tripolis telegraphierte unterm 30. v. M. an den Kriegsminister: „Alle Forts von Tripolis sind den Italienern abgenommen. Die Italiener haben sich vollständig in die innere Stadt zurückgezogen und sind vollständig demoralisiert. Sie wagen nicht, ihren Zufluchtsort zu verlassen."

Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Nachricht zutrifft.

Gewerkschaftsbewegung.

In den Rixdorfer Müllabfuhrbetrieben ist es am Montag früh zu einer abermaligen Arbeitsniederlegung gekommen. Die Unternehmer hatten, gezwungen durch das Vorgehen der Kutscher und Mitfahrer, ihre Zugeständnisse erweitert und den verlangten Lohn von 34 Mk. für Kutscher und 31 Mk. für Mitfahrer bewilligt; sie hatten sich auch verpflichtet, den Tarifvertrag durch Unterschrift anzuerkennen. Später lehnten sie dies aber ab, weshalb die Arbeiter beschlossen, erneut die Arbeit niederzulegen. Dieser Beschluß wurde am Montag früh einmütig durchgeführt. Von 22 bestreikten Unternehmern erkannten darauf 14 den Tarif unterschriftlich an, sodaß der Streik noch bei acht Unternehmern besteht. Die Arbeiter legen deshalb besonderen Wert auf die Schaffung eines Tarifvertrages, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß vielfach die Fuhrherren ganz kurze Zeit nach den früheren Bewegungen die Löhne wieder gekürzt haben.

Merkworte für den Wahlkampf.

„Durch die Sozialdemokratie hat das Denken von Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen eine feste Struktur bekommen. Die Sozialdemokratie hat sie aus der Stumpfheit herausgerissen und ihnen einen titanischen Trotz eingehaucht. Sie hat die Geister zusammengeballt, indem sie alle mit einem Glauben, mit einer Hoffnung, mit einem Willen erfüllte. Diese Arbeit hat sie in der kurzen Zeit von vier Jahrzehnten vollbracht, und noch ist sie nicht am Ende ihres siegreichen Laufs . . . Die Bekämpfung der ganzen Sozialdemokratie ist ein schwerer taktischer Fehler, durch den sich die Kirche bei den Nichtbesitzenden um den Kredit gebracht hat. **Die Sozialdemokratie ist in den Augen der Armen die große Helferin und Trösterin. Was eigentlich die Kirche sein sollte, wenn sie nach der Lehre und dem Vorbild Jesu handelte, das hat an ihrer Stelle die Sozialdemokratie vollbracht, sie richtet die Gefallenen auf, sie sättigt die Hungrigen, sie predigt den Armen das Evangelium von ihrer Erlösung."**

Pfarrer Liebster-Leipzig in seiner Schrift: „Kirche und Sozialdemokratie", 1909.

Der Streik in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie in Dresden erfolgreich beendet. Die Vermittelung des Oberbürgermeisters hatte zunächst eine Vorbesprechung der bestreikten Firmen zur Folge, in der diese erklärten, daß sie die Vermittelung ablehnen müßten, weil sie soeben in einer Sitzung beschlossen hätten, dem Syndikus ihres Verbandes Vollmacht zu erteilen, mit der Organisation der Arbeiter zu verhandeln. Die Unternehmer erkannten also nun den Zentralverband als verhandlungsfähig an. In den Verhandlungen wurden als Löhne festgesetzt: Für Arbeiterinnen bis zu 16 Jahren pro Stunde 15—17 Pfg., über 16 Jahre 17—22 Pfg., für männliche Arbeiter bis 16 Jahre 15 bis 20 Pfg., über 16 Jahre 22 bis 28 Pfg., über 18—20 Jahre 29—32 Pfg. Mit Ausnahme der beiden letzten Gruppen ist nach vier Wochen Beschäftigungsdauer der Mindestlohn um einen Pfennig zu erhöhen. Für Arbeiter über 20 Jahre, für die nach dieser Festsetzung mehr als 32 Pfg. gezahlt werden müssen, ließen sich bestimmte Lohnsteigerungen nicht erreichen, dies blieb der freien Vereinbarung überlassen. Für gelernte und Spezialarbeiter unter 20 Jahren wurden 34 Pfg. Stundenlohn, nach zweijähriger Beschäftigung 1 Pfg Zulage als Minimallohn erreicht. Arbeiter, die diese Löhne schon haben, erhalten pro Stunde 2 Pfg., Arbeiterinnen im gleichen Falle 1 Pfg. Lohnzulage. Akkordarbeitern wird der Wochenmindestverdienst garantiert. Überstunden sollen wochentags mit 20 Proz., Sonntags mit 30 Proz. Aufschlag bezahlt werden. Bestehende höhere Zuschläge dürfen nicht gekürzt werden. Nach 10 Jahren Beschäftigung ist ein Sommerurlaub von 6 Tagen unter Fortzahlung des halben Lohnes zu gewähren. Akkordarbeiter erhalten hierfür bis zu 15 Mk., Akkordarbeiterinnen bis 10 Mk. Entschädigung. Der § 616 B.-G.-B. wird anerkannt. Die Akkordpreise sind im Fabriksaale auszuhängen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollen nach Möglichkeit wieder eingestellt werden, soweit die Posten nicht schon anderweit besetzt sind. Über die Festsetzung der Arbeitszeit gab es einen langen Kampf. Der Vertreter der Unternehmer verweigerte aus „prinzipiellen" Gründen, allgemein die 9½stündige Arbeitszeit anzuerkennen, versprach aber dahin zu wirken, daß auch die Firmen, die noch eine längere Arbeitszeit haben, in absehbarer Zeit den anderen folgen werden. In den Versammlungen der Streikenden, die am 30. Oktober stattfanden, wurde bedauert, daß für die Arbeiter jetzt keine größeren Erfolge erzielt werden konnten. Anerkannt wurde aber, daß die niedrigsten Löhne eine Aufbesserung erfuhren und nunmehr wenigstens eine Grundlage zu weiterem Aufbau geschaffen ist, da die Unternehmer durch den Kampf gezwungen worden sind, ihren ablehnenden Standpunkt gegen Vereinbarungen mit der Organisation aufzugeben. Die Arbeit ist also jetzt wieder aufgenommen. Sache der Arbeiter ist es nun zunächst, etwaigen Maßregelungsversuchen einzelner Fabrikanten mit aller Energie entgegenzutreten.

Zur Bewegung der Lithographen und Steindrucker in Leipzig ist zu berichten, daß insgesamt 29 Firmen die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben. Die letzte bewilligende Firma war eine Anstalt mit 12 Schnellpressen. Die Unternehmer befinden sich insofern in Nöten, als sich aus den Reihen der Ausständigen so gut wie keine Streikbrecher finden, die paar vorhandenen Arbeitswilligen sich aber — die Großunternehmer rechtzeitig gesichert haben. Die kleinen Unternehmer sind nun brach gelegt und wüten über die großen. Schreckte sie der Sichtwechsel des Schutzverbandes nicht, sie würden in weit größerer Zahl die Forderungen der Ausständigen bewilligen. Alle Bemühungen, aus den Reihen der Streikenden Verräter zu ergattern, sind bisher gescheitert. Die Ausständigen stehen fest und erwarten, daß der Zuzug wie bisher streng gemieden wird.

Bei den Ältestenwahlen für den Allgemeinen Knappschaftsverein brachte der alte Bergarbeiterverband sieben Vertreter durch, während der christliche Gewerkverein nur einen Vertreter erhielt.

Soziales.

Das Versicherungsgesetz für Angestellte in der Kommission. Die Kommission erledigte einen erheblichen Teil des Gesetzes ohne einschneidende Änderungen, sodaß für die erste Lesung nur noch die Frage der Organisation der Schiedsgerichte und des Oberschiedsgerichts und der Abschnitt über die Ersatzkassen zur Beratung übrig bleibt. Hervorzuheben ist aus der Sitzung vom Montag folgendes: In § 175 der Vorlage wird dem Bundesrat die Befugnis erteilt, die Beiträge zu erhöhen, wenn sich ergibt, daß die Leistungen nicht gedeckt werden können, oder umgekehrt die Leistungen erhöht werden können, wenn es das Vermögen der Anstalt erlaubt. Die Freisinnige Volkspartei beantragte, daß diese Entscheidung dem Reichstag zustehen soll. Ein ähnlicher Antrag wurde von den Sozialdemokraten der Kommission unterbreitet. Die Anträge wurden damit begründet, daß der Reichstag in einer so wichtigen Frage mitwirken müsse. Die Mehrheit lehnte indes gegen die Stimmen der Antragsteller den Antrag ab. Eine längere Debatte rief ein Antrag des Abgeordneten Potthoff hervor, der zu § 342 beantragte, daß der Angestellte, der zu einem Ehrenamt für die Versicherungseinrichtungen berufen wird, nur aus einem wichtigen Grund entlassen werden darf. Es ist dieser Antrag den Bestimmungen des preußischen Berggesetzes nachgebildet, für die auch seinerzeit das Zentrum eingetreten war. Der Redner des Zentrums, Professor Hitze und von den Konservativen Abg. Richthofen wandten sich gegen diesen Antrag, da man dem Prinzipal nicht zumuten könne, eine solche Verpflichtung zu übernehmen. Von dem Antragsteller und unseren Genossen wurde der Nachweis geführt, daß leider die Angestellten nicht genügend geschützt werden, in Vertretung der Interessen der Angestellten; es ergeben sich schon heute zum Beispiel aus der Teilnahme an den Gewerbegerichten und Betriebskrankenkassen Unzuträglichkeiten für den Angestellten, die ihn hindern, solchen Posten anzunehmen. Maßregelungen sind gar nicht selten. Auch hier erfolgte die Ablehnung des Antrages gegen die Stimmen der Antragsteller. Die freiwillige Weiterversicherung will die Vorlage nur denjenigen gestatten, die mindestens 60 Monatsbeiträge in versicherungspflichti-

---

sich Emmerich mit solchen Dingen nicht zu befassen. Alles wurde von oben aus geregelt. Starke Gedanken beschäftigten ihn, die auf das rätselhafte Geheimkonto zurückgingen. Allem Anscheine nach war es ja eine ganz nette Summe, die er wieder in Händen hatte. Günther ging mit Gertrud ins Nebenzimmer und sagte mit gemachter Laune: „Hier ist sie wieder, ich wollte sie dir nur wieder gesund abliefern". Er sah seine Mutter blaß und verstört dasitzen, was ihm sofort auffiel, denn mit Absicht musterte er sie.

„Hübsch von dir, mein Junge," erwiderte Frau Frobel. „Hoffentlich hast du ihr alles gut gezeigt." Die Worte kamen nur mühsam über ihre Lippen, ohne jeden Ausdruck guter Laune. Schwere Atemzüge begleiteten sie, wie ein Mensch sie findet, der sich erst langsam sammeln will."

Günther entschuldigte sich bei Gertrud mit seiner Arbeit und ging hinaus.

„Habt ihr etwas miteinander gehabt?" fragte Frau Frobel.

Gertrud schüttelte den Kopf. „Wie so?"

„Ich glaubte nur, weil er so sonderbar ist," sagte Frau Frobel wieder.

„Das liegt wohl so in seinem Wesen," meinte Gertrud gleichgültig.

Günther stand ein Weilchen sinnend an seinem Pult; dann suchte er eilig Kopplin auf. „Schickte Ihnen Mama nicht soeben eine Anweisung?" fragte er hastig.

Der Kassierer fuhr auf. „Gewiß, Herr Frobel. Ist etwas nicht in Ordnung? Fehlt etwas? Es waren tausend Mark, in zehn Scheinen. Ich überbrachte das Geld selbst; Ihre Frau Mama hatte gerade eine Konferenz mit Herrn Emmerich."

„Nein, nein, es stimmt," sagte Günther leichthin. „Ich wollte nur wissen, ob Mama Herold geschickt hatte, ich finde ihn nicht." „Gott sei Dank," warf Kopplin aufatmend ein. „Man ist schon froh, wenn nichts passiert ist. . . . Herold? der steckt, glaube ich, bei Herrn Ahlemann. Soll ich ihn holen?"

„Nein, nein, ich danke," erwiderte Günther. „Dann wird er wohl etwas Wichtiges vorhaben."

Danach kehrte er wieder an seine Arbeit zurück, zu der er sich mit aller Macht zwang, um sich von den Nebengedanken nicht unterkriegen zu lassen. Als ihn aber all diese Zahlen anzuwidern begannen, packte er die Arbeit ein und holte sein Privatpapier aus dem Pult hervor, um an Nina einige herzige Zeilen zu richten, nicht ganz in der Art, wie die kluge Gertrud es ihm vorgehalten hatte. Aber auch das wollte ihm nicht gelingen, denn der Wunsch zehrte an ihm, ihr das lieber mündlich zu sagen. Mußte sie morgen ein Opfer bringen, so konnte er sie noch heute dafür entschädigen. Ritsch — und der Bogen war wieder zerrissen, natürlich in die kleinsten Teile, bevor er ihn in den Papierkorb warf.

Kornelius Herold tauchte auf, aber Frobel junior blieb schweigsam, obgleich es nahe gelegen hätte, das Gespräch wieder auf das Konto „E" zu bringen. Aber was sollte er mit dem Alten darüber reden — er würde ihn doch nicht verstanden haben, in dieser Stunde nicht, da ein Heer von Zweifeln auf ihn einstürmte und wieder verschwand. Am besten also, er ging hin und betäubte sich wieder in Liebe. So sagte er denn „Guten Abend" zu dem Alten und betrat das Zimmer seiner Mutter.

„Heute bleibst du doch hier, Günther, nicht wahr?" begann sie mit müder Stimme.

„Nein, Mama, es geht nicht," erwiderte er freundlich. „Morgen stehe ich Gertrud wieder zur Verfügung. Sie hat es dir wohl schon gesagt?"

„Ja, das hat sie, und ich freue mich sehr darüber . . . So bleib doch heute auch hier, wir wollen einmal unseren Abend besprechen . . . die Liste aufstellen."

„Ach, Mama, das könnt ihr auch ohne mich machen. Heute muß ich fort."

Frau Frobel schwieg ein Weilchen, währenddessen ihr Sohn auf- und abging. Dann sagte sie wieder, gewissermaßen erstaunt: „Du bist heute so komisch, hast du Ärger gehabt?"

„Was soll mir sein, liebe Mama? Ich bin doch immer so."

„Nein, lieber Günther, du bist nicht immer so. Überhaupt, wir müssen mal darüber reden: du hast dich in letzter Zeit sehr verändert. . . . Du gibst mir auch zu viel Geld aus. So reime ich mir alles zusammen. Über anderes will ich lieber schweigen."

„Es wird über so manches geschwiegen, liebe Mama", platzte es Günther heraus.

Frau Frobel wandte sich langsam nach ihm um. „Wie meinst du denn das?"

Günther lachte krampfhaft. „Ach, ganz ohne Bedeutung. Es ist mir gerade so eingefallen." Und plötzlich blieb er vor ihr stehen und sagte gereizt: „übrigens, liebste Mama, ich bitte dich — was soll denn das immer heißen mit den ewigen Vorwürfen; Geldausgeben, viel Geldausgeben! Hör mal — ich bin doch wirklich kein Schuljunge mehr. Und schließlich lebt man doch nur einmal. Und am meisten in seiner Jugend. Das ewige Korrigieren!"

„Ja sag mal, Günther — wie sprichst du denn zu deiner Mutter? Was soll denn das? Das ist doch stark." Schon hatte sie sich erhoben, und, plötzlich lebhaft werdend, setzte sie die Vorwürfe fort, erst ermahnend und dann heftig.

„Es ist doch wahr," unterbrach er sie trotzig. „Wenn unser Geschäft viele Tausende für diesen Emmerich übrig hat, dann werde ich wohl auch noch mein bescheidenes Teil abhaben können. Sei mir nicht böse, Mama."

„Rede doch nicht solchen Unsinn."

Günter wurde wild. „Es ist kein Unsinn. Vorhin erst hat er tausend Mark geschluckt. Ich sah ja noch, wie er nebenan das Geld einsteckte. Wofür? Weshalb?"

Frau Frobel lachte, um den Schreck zu überwinden. Dann sagte sie heiter: „Läßt du dir nicht auch Vorschuß geben, bei Kopplin? Na, und ihm war's peinlich, so bat er mich darum." Sie wunderte sich selbst, wie sie ihn ansehen konnte bei dieser Lüge, aber sie tat es. Wenn sich schon alles gegen sie auflehnte, so mußte sie diesem geliebten Sohne erst recht die Stirne bieten. „Er hat eben Schulden, und da muß er sich rangieren," fuhr sie fort. „Weshalb soll man einem alten Freunde nicht helfen? Siehst du, nun stehst du da mit deiner Weisheit. Komm her, mein Junge, sei brav und lieb wie immer. Und dann geh wie gewöhnlich deiner Wege. Einmal kommst du ja doch wieder von selbst zu mir."

(Fortsetzung folgt.)

ger Beschäftigung gezahlt haben. Von unseren Parteigenossen wird beantragt, auf zwölf Monatsbeiträge herabzugehen. Mit den Anforderungen der Vorlage würden sehr viel Personen geschädigt, die nach kurzer Beschäftigung ihren Beruf wechseln müssen, deren Beiträge dann verfallen. So wurde vom Genossen Molkenbuhr besonders darauf hingewiesen, daß Schauspieler, die im Jahre nur ein Engagement von sechs Monaten haben, nie ihre Versicherung fortsetzen können, weil die Vorlage von dem Versicherten verlangt, daß er mindestens im Jahre acht Monatsbeiträge zahlt. Freiwillig darf er aber die fehlenden zwei Beiträge nicht leisten. Vom Zentrum war beantragt, schon nach zehn Monatsbeiträgen die freiwillige Weiterversicherung zu gestatten. Die Aussprache ergab, daß von allen Seiten das Unzulängliche der Vorlage anerkannt wurde, und einigte man sich schließlich dahin, schon bei sechs Monatsbeiträgen die Fortsetzung der Versicherung zu gestatten. Damit wäre für die Weiterversicherung eine große Erleichterung geschaffen. Im § 47 wollten unsere Parteigenossen die Wartezeit für das Ruhegeld kürzen. Sie verlangten für die Gewährung des Ruhegeldes im Falle der Invalidität den Nachweis von 48 Monatsbeiträgen, bei freiwilliger Versicherung von 120 Monatsbeiträgen. Die Vorlage sah für männliche Personen 120 und für weibliche 60 Monatsbeiträge vor. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt und folgender Antrag des Zentrums angenommen: Von den Beitragsmonaten müssen mindestens 50 auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung zurückgelegt sein. Sind weniger als 60 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht nachgewiesen, so erhöht sich die Wartezeit beim Ruhegeld und bei den Hinterbliebenenrenten auf 150 Beitragsmonate. Ein Antrag unserer Genossen zu § 49 wollte ähnlich wie in der Reichsversicherungsordnung die verfallenen Beiträge wieder zur Anrechnung bringen, wenn der Versicherte aufs neue wieder 48 Monatsbeiträge geklebt hat. Zur Begründung wurde vom Genossen Schmidt darauf hingewiesen, daß der Angestellte, der nach dem Ausland geht, oder seinen Beruf wechselt und die Weiterzahlung der Beiträge verabsäumt, der Versicherung einige tausend Mark schenkt. Diese Bestimmung ist bei den höheren Beiträgen so stark, daß selbst eine private Versicherungsgesellschaft eine solche Ausbeutung der Versicherten nicht betreibt. Gegen den Vorschlag wurde von der Regierung sehr entschieden Einspruch erhoben und die Kommission mit dem Einwand eingeschüchtert, daß die Versicherung die Lasten aus alten verfallenen Beiträgen nicht übernehmen kann. Der Antrag fand nur noch die Zustimmung der Freisinnigen Volkspartei und wurde somit abgelehnt. Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 2. November.

Göttliche Offenbarung oder Menschenwerk. Wir erhalten folgenden Bericht: In der am vergangenen Montag von der hiesigen Ortsgruppe des Zentralverbandes der proletarischen Freidenker Deutschlands einberufenen Volksversammlung sprach Arbeitersekretär B. Menke, Dresden, über das Thema „Göttliche Offenbarung oder Menschenwerk". Um es gleich vorweg zu sagen: der ausgezeichnete und fesselnde Vortrag des Redners glich einer riesigen Fackel, hineingeschleudert in all das mystische Dunkel, mit dem sich das offizielle Christentum umgibt, umgeben muß. Unbarmherzig riß er der letzteren die Maske mit all dem Drum und Dran vom Angesicht und nun zeigte sich die christliche Kirche in ihrer ganzen Jämmerlichkeit. Mit Schärfe deckte der Referent all die geradezu handgreiflichen Widersprüche auf, aus welchem sich dasjenige zusammensetzt, was man die christliche Kirche nennt. Und eins ist gewiß, die große Mehrzahl der versammelten Personen wird zu der Überzeugung gekommen sein, das moderne Christentum ist für die heutige Zeit zu einer großen, allgemeinen Unmöglichkeit geworden. Mit allen nur verfügbaren Kräften müsse die christliche Kirche, wie die Kirche überhaupt, die dasteht als ein Parasit am Körper der Gesellschaft, und letztere in ihrer Entwickelung hemmt, bekämpft werden. In der heutigen Zeit, wo das Bestreben, besonders des Proletariats, darauf gerichtet ist, sich freizumachen von politischer und wirtschaftlicher Knechtung und Unterdrückung, da ist es die Kirche, die sich diesen seinen Bestrebungen mit allen nur erdenklichen Mitteln widersetzt. Sie ruft ihm zu: Du darfst nicht danach streben, dir dein Paradies auf Erden zu erringen, es nutzt dir dieses Ringen nichts; sondern vor allen Dingen sei duldsam und erkenne all dein Leiden, all dein Unglück als von Gott gesandt und dir zum besten dienend, an. Gottes Wille geschehe! Gott sandte seinen eingeborenen Sohn herab auf die Erde, die Menschheit von ihren Sünden zu erlösen. Darin offenbart sich die unendliche Güte des himmlischen Vaters; so lehrt uns die christliche Kirche. Wer ist Christus? Niemand weiß etwas Positives über seine Person. Die Wissenschaft aller Richtungen streitet sich um ihn. In einem Punkte aber ist man sich klar: Es hat von jeher Menschen mit großen geistigen Fähigkeiten und einem mitleidigen mitfühlenden Herzen gegeben, die angesichts all des Unglücks, des Elends und der Verzweiflung in der sich ihr Volk befand, darauf bedacht waren, es zu Wohlstand, Glück und Zufriedenheit zu führen. Die Befreiungsworte, Worte der Erlösung an die Masse des Volkes richteten — und vielleicht war Jesus einer von ihnen. Seine Existenz aber ist nicht nachzuweisen, er ist eine durch und durch mystische Persönlichkeit. Aus alten Urkunden, aufbewahrt in den Museen zu London, Messina, Petersburg usw. können wir ersehen, daß im Jahre 250 n. Chr. Religionsgemeinschaften bestanden, deren jede von ihnen sich den Jesus von Nazareth anders vorstellte. Die eine sagte, Jesus ist Gott selbst, die andere, er ist Gottes fleischgeborener Sohn, die dritte, er war eine gewaltige Geistesgröße. So sah Jesus Christus bereits 250 Jahre nach seiner Geburt aus. Und heute lehrt man uns sogar, Jesus ist Gott—Vater, Gott—Sohn und Gott — Heiliger Geist alles in einer Person. Die Priesterklassen der einzelnen Religionsgemeinschaften befehdeten sich auf das widerwärtigste, ganz nach „christlicher" Art und Weise, und Heinrich Heine hat in bezug hierauf seinerzeit einen Ausspruch getan, wie er treffender wohl nicht sein kann. — Nach seinem Ebenbilde schuf Gott die Menschen und als er fertig war mit seiner Arbeit, ließ er seine Schöpfungen Revue passieren — und siehe, es war alles gut. Und diese Menschen nun, die er für gut, für rein befunden, sollen sündig, sollen böse sein? Welch ein Widerspruch! Doch auch der Teufel ist von Gott erschaffen, und hierbei muß dem himmlischen Vater wohl ein Fehler unterlaufen sein, denn es heißt doch, siehe, es war alles gut. Nun schilderte Redner das Verhältnis Gottes zum Sohn und legte all die Widersprüche klar, die sich hierbei ergeben. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich, daß der liebe Gott im Himmel seinem Sohne gegenüber ein Rabenvater war. Und am Schluß dieser Erörterung rief der Redner aus: „Schon vom Standpunkte der Vernunft aus muß mit allen Mitteln gegen eine Religion gekämpft werden, die ihrem Gotte solche brutalen Tatsachen unterschiebt. Viele Tausende von Menschen in den ersten Jahrhunderten nach Christi, die das Treiben der Priester, Pharisäer und Schriftgelehrten sahen, wandten sich ab von diesen Leuten und von der Kirche und gründeten sogenannte kommunistische Gemeinschaften. Dadurch aber geriet der Kirchenturm ins Wackeln und der Zusammenbruch der Kirche schien nahe bevorzustehen. Um diesen nun zu verhindern, organisierte man sich, aber die Unterdrückung, auf christliche Art und Weise betrieben, bewirkte, daß der Glorienschein der Kirche immer mehr verblich. Und um diesen nun wieder herzustellen, berief man 325 n. Chr. einen internationalen Kirchenkongreß, der in Nicäa tagte, auf dem darüber beraten werden sollte, ob Christus Gott sei oder nicht; und gegen eine starke Minorität wurde beschlossen, der Menschheit zu predigen: Jesus ist Gottes Sohn. Die Kirche war wieder einmal gerettet. Doch diese Herrlichkeit dauerte nicht lange. Denn schon im Jahre 381 n. Chr. machte sich wieder eine Kirchenversammlung notwendig, die dieses Mal in Konstantinopel tagte, und nach deren Beschlüssen der Menschheit das Drei-Gott-System aufgebürdet wurde. Alles dieses wird uns heute als göttliche Offenbarung gepredigt und die historische Wissenschaft steht dabei und sagt uns: Alles Menschenwerk. Auch die Taufe gehört zu letzterem. Zur Zeit des Kirchenkongresses zu Nicäa kannte man noch keine Kindertaufe. Erst das Konzil zu Konstantinopel führte sie ein. Auch der Gedanke an ein Jenseits ist viel älter als das Christentum. Gewiß, sagen viele Leute, mag das ja alles richtig sein, aber ein hoher sittlicher Kern wohnt doch dem Christentum inne. Hierbei fragte der Redner: „Ist das vielleicht ein Zeichen von Sittlichkeit, ganz abgesehen von den Zeiten der Inquisition, der Bauernverfolgungen usw., daß in gegenwärtig noch streng religiösen Ländern wie z. B. Spanien das Volk von den Dienern Gottes ausgebeutet wird bis aufs Blut. Oder sollen wir etwa dieses einen sittlichen Kernes wegen all den Schutt und Moder vergangener Jahrtausende hervorholen und uns jene unter ganz anderen sozialen Verhältnissen entstandene Lehre zur Lebensrichtschnur nehmen? Nein! Wir, die wir leben im 20. Jahrhundert, wir haben eine andere Religion, wir haben den Sozialismus, welcher nichts gemein hat mit jener Nächstenliebe, die uns immer auf spätere Gerechtigkeit im Jenseits vertröstet. Aus allem diesem geht hervor, daß das Christentum in unüberbrückbarem Gegensatz zu einem großen Teil der Menschheit steht. Und deshalb, schloß der Redner, ist es Pflicht der letzteren, mir allen Mitteln danach zu streben, daß die christliche Kirche auf Nimmerwiedersehen in den Orkus fliegt. — Tosender Beifall lohnte den Redner für seinen ausgezeichneten Vortrag. Die Diskussion wurde zu einem sprechenden Beispiel dafür, wie sehr die christliche Kirche durch ihre Lehre in der Lage ist, manchen Menschen die Köpfe zu verkleistern und zu verwirren. Denn in der Tat, man mußte annehmen, die Ausführungen der einzelnen gegnerischen Diskussionsredner seien Gehirnen entsprungen, die zu logischem Denken überhaupt nicht mehr fähig sind. Die Versammlung wußte sie deshalb auch gebührend zu würdigen. — In einem kräftigen Schlußwort, in welchem er zunächst den Herren Diskussionsrednern gründlich heimleuchtete, legte der Redner nochmals seinen, den Standpunkt der Freidenker, in klarer, sachlicher Weise dar und zugleich forderte er die versammelten Personen auf, soweit sie überzeugt seien von der hohen kulturellen Bedeutung der Freidenkerbewegung, ihrer Überzeugung auch öffentlich dadurch Ausdruck zu verleihen, daß sie der Kirche Valet sagen und dem Zentralverband der proletarischen Freidenker Deutschlands beitreten, um dadurch mitzuwirken an dem großen geistigen Befreiungskampf der Menschheit. Unter abermals brausendem Beifall schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gramm): „George Washington", ab Bremen 4. November, „Friedrich der Große", ab Bremen 11. November, „König Albert" ab Bremen 18. November. „Kaiserin Auguste Viktoria", ab Hamburg 25. November, „Kronprinz Wilhelm", ab Bremen 28. November, „President Lincoln" ab Hamburg 2. Dezember. Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe außer „President Lincoln" sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgang die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg" oder „über Bremen oder Hamburg" zu versehen. Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw., und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Kanada.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, gelangt der lustige Schwank „Die Welt ohne Männer" von Engel und Horst zur nochmaligen Aufführung.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Freitag geht die neue Komödie von Franz Molnar „Der Gardeoffizier („Der Leibgardist") erstmalig in Szene. Das Stück bedeutet ein Meisterwerk szenischer Führung, alles überschüttet mit einer Fülle sarkastischer, geistreicher Bemerkungen. Das Theater-Milieu ist aus einem ganz eigenen Gesichtswinkel geschaut, aber mit bissigem Behagen und giftigem Hohn geschildert. In den Hauptrollen sind die Damen Betke und Gerlach sowie die Herren Hoß, Brunow, Pauly beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Oberregisseurs Brunow. Am Sonnabend gelangt als volkstümliche Vorstellung bei kleinen Preisen Shakespeares „Romeo und Julia" zur nochmaligen Aufführung. In Vorbereitung für Sonntag befindet sich die erfolgreiche Operetten-Novität „Das Musikantenmädel" von Georg Jarno.

Aus Nah und Fern.

Der Berliner Leichenfund. Die Leiche des vierzehnjährigen Arbeitsburschen Hensel, die vorgestern in der Nähe des Rudolf-Virchow-Krankenhauses im Sand begraben von spielenden Kindern aufgefunden wurde, ist gestern nachmittag von Gerichtsärzten obduziert worden. Nach dem „Lokalanzeiger" ergab die Obduktion große Wahrscheinlichkeit eines durch epileptische Zustände herbeigeführten Todes. Zeichen, die auf Verübung eines Verbrechens schließen ließen, wurden nicht gefunden. Das „Tageblatt" schreibt: Die Obduktion ergab als Todesursache Erstickung. Für die Annahme, daß der Knabe eines gewaltsamen Todes von fremder Hand gestorben sei, fand sich kein Merkmal. Hiermit ist jedoch die Möglichkeit eines Verbrechens immer noch nicht ausgeschlossen.

Irrtum oder Verbrechen? Eine rätselhafte Vergiftungsaffäre beschäftigt zurzeit die Polizei in Freienwalde. Auf dem dortigen Güterbahnhof wurden für eine Brauereiniederlage Flaschen verladen, bei welcher Arbeit auch der 35jährige Karl Daue beschäftigt war. Als nach Beendigung der Verladung der Hilfsweichensteller Hamann an jener Stelle vorüberging, wurde er von Daue angerufen, der ihm eine gefüllte Bierflasche anbot. Noch ehe aber der Beamte die Flasche erfassen konnte, trat der Arbeiter Ferdinand Zimmermann hinzu, ergriff die Bierflasche und trank sofort daraus. Er spie die Flüssigkeit aber sogleich wieder aus und sagte zu dem Spender: Du, das ist Karbol, wenn mir etwas passiert, zeige ich Dich an." Daue lachte und ging seiner Wege. Der Hilfsweichensteller Hamann wollte nun Zimmermann nach Hause begleiten. Kaum waren sie ein Stückchen gegangen, als Z. das Bewußtsein verlor und heftig phantasierte. Von seinem Begleiter und einem hinzukommenden Arbeitskollegen wurde der Erkrankte nach seiner Wohnung gebracht, wo er nach ganz kurzer Zeit verstarb, ohne wieder zur Besinnung gekommen zu sein. Die Polizei hat sofort eine strenge Untersuchung darüber eingeleitet, wie die Flasche mit der giftigen Flüssigkeit unter die Bierflaschen gekommen sein kann. Der Arbeiter Daue wurde verhaftet, weil angenommen wird, daß er den Inhalt der Flasche gekannt hat.

Ein preußisches Schulidyll. In der „Schlesischen Schulzeitung" war vor einiger Zeit das folgende kaum glaubliche Vorkommnis zu lesen: „Im Dorfe H. war Schulvorstandssitzung. Anwesend waren Bauern des Ortes und der Herr Oberförster, der 6 Stimmen auf sich vereinigte. Auf der Tagesordnung standen drei Anträge des Lehrers. Sie betrafen 1. Anschaffung von Turngeräten, 2. Einfriedigung der Düngergrube im Schulhofe, und 3. das Reinigen der Schule sollte nicht mehr von Kindern, sondern von Erwachsenen ausgeführt werden. Alle drei Anträge wurden abgelehnt. Der Herr Oberförster begründete die Ablehnung folgendermaßen: Zu 1. Die Jungen in H. wären immer gute Soldaten geworden, warum Turngeräte anschaffen, die nur zur Verkrümmung des Rückgrats dienten. Zu 2. Wenn der Düngerhaufen nicht umfriedet ist, können sich die Kinder daran im Winter die Füße erwärmen; zugleich treten sie dabei dem Lehrer den Düngerhaufen fest, und zuletzt kann der Lehrer bei einer offenen Düngergrube zeigen, ob er versteht, den Hof in Ordnung zu halten. Zu 3. Die Mädchen von X. lernen zu Hause nicht ordentlich auskehren, sie kehren den Schmutz nur in die Ecken. Das richtige Auskehren kann ihnen nur der Lehrer beim Reinigen der Schule beibringen. Der Herr Oberförster unterschrieb das Protokoll und forderte die Anwesenden also zur Unterschrift auf: Meine Herren, Sie können ruhig unterschreiben; denn aus der Sache spricht Geist, und ich habe auch unterschrieben." — Solchen geistigen Krüppeln ist das Wohl und Wehe der Volksschule ausgeliefert. Freilich entsprechen die von dem Herrn Oberförster geäußerten Anschauungen vollständig der Auffassung der im preußischen Landtage maßgebenden Junkerclique. So lange deren und ihrer schwarzen Verbündeten Macht nicht gebrochen ist, ist auch an eine freiere Entwickelung des Schulwesens nicht zu denken.

Begnadigt. Die wegen mehrfachen Raubmordes zum Tode verurteilte Karoline Hopf wurde vom Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Wie bekannt, hat die Hopf bis zu ihrer Verhaftung als Mann gelebt.

34 Personen verunglückt. Die Zahl der durch den Fabrikeinsturz zu Nogent-sur-Seine ums Leben gekommenen Arbeiter wird auf 34 geschätzt. Zur Beschleunigung der Bergungsarbeiten sind Genietruppen aus Versailles dorthin abgegangen.

Bluttat. In Zolkiew überfiel der aus Amerika zurückgekehrte Ökonom Kiernicke nachts seine ihm untreu gewordene Gattin, tötete sie sowie den Geliebten, den Studenten Storozak, verstümmelte sodann beide Leichen in gräßlicher Weise und ergriff die Flucht. Der Polizei gelang es jedoch, den Attentäter zu verhaften.

Schweres Schiffsunglück. Lloyds meldet aus Las Palmas: Am 30. Oktober stießen der französische Dampfer „Liberia", welcher der Französischen Dampfschiffahrtsgesellschaft gehört, und der französische Dampfer „Diolibah", der die „Liberia" schleppte, zusammen. Beide befanden sich auf der Fahrt von Kotonou nach Marseille. Die „Diolibah" sank und 21 Mann Besatzung, sowie drei Passagiere ertranken. Die „Liberia" wurde am Bug beschädigt.

Schweres Unglück. Während der Trauung eines jungen Offiziers in Wien wurde das zahlreiche Publikum durch ein donnerähnliches Gepolter in Aufregung versetzt. Man hörte Steine und Schutt zu Boden fallen. Auf dem Dache der Kirche waren sechs Arbeiter mit Ausbesserungen beschäftigt. Plötzlich gab die Säule des Kreuzes nach und alle sechs Arbeiter rollten bis zur Balustrade des Daches. Drei konnten sich festklammern und blieben unverletzt, während der eine einen schweren Schädelbruch erlitt und die anderen mit leichten Verletzungen davonkamen. Vor der Kirche hatte sich eine große Volksmenge angesammelt.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 1. Novbr.

Bauern-Butter Pfd. 1,40—1,50 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,65 Mk., Hasen 3,00—3,50 Mk., Enten 3,00—3,50 Mk. Hühner 1,60—2,30 Mk., Küken Stück 1,60—2,00 Mk., Tauben Stück 0,55—0,65 Pf., Gänse Pfd. —,—0,78 Mk., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,20—1,40 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—60 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 6 Stück 60 Pfg., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen 1,10—1,20 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie 1,40—1,60 Mk., Brachsen 60—70 Pf., Hechte Pfd. 60—70 Pf., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,25—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln neue 10 Pfd. 50—60 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 1. Novbr.

1. Klasse 310 Drittel zu 142,79 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 33 „ „ 135,38 Mk. „ „

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. Rote Lubecam.

Gebr. Hirschfeld

Breite Str. 39-41.

Modehaus für Damen- u. Kinder-Konfektion.

Für die November-Woche besonders billig

empfehlen wir in allergrösster Auswahl

Farbige und blaue Paletots

lange moderne Fassons aus flauschigen und glatten Stoffen

8^{75} 9^{75} 10^{75} 13^{75}

Flausch-Paletots

die große Mode

neue Fassons mit Abseite, als Tag- u. Abendmantel zu tragen

19^{50} 26^{50} 29^{50} 36^{00}

Frauen-Paletots

in schwarzem und farbigem Tuch, Eskimo und Cheviot, lose, geschweift und anliegend

16^{50} 18^{00} 21^{00} 22^{50}

Plüsch-Paletots und Sammet-Mäntel

hochelegant, sehr kleidsam, aparte Fassons

48^{50} 58^{00} 62^{00} 70^{00}

Neuheiten in

Kostüm-Röcken

aus engl. Stoffarten, hell und dunkel, farbig und aus reinem Cheviot, in marine und schwarz, hochmoderne Formen und tadellose Ausführung

3^{90} 4^{75} 6^{75} 8^{50}

Jacken-Kleider

aus melierten Stoffen und blau Kammgarn und Cheviot

21^{00} 26^{50} 29^{00} 36^{00}

Jacken-Kleider

aus blau Kammgarn u. Cheviot u. melierten Stoffen mit modernem Kapuchen-Kragen, prima Verarbeitung

39^{00} 45^{00} 54^{00} 59^{00}

Garnierte Kleider

aus reinwollenem Popeline — letzte Neuheiten

28^{50} 32^{00} 34^{50} 39^{00}

Sammet-Kleider

Modeneuheit — aparte Fassons in allen modernen Farben

39^{00} 45^{00} 54^{00}

Neuheiten in Blusen

enorme Auswahl in Woll-, Seiden- und Spitzenstoffen sehr schicke Macharten

2^{95} 3^{90} 4^{75} 5^{90}

4% in bar oder Rabattmarken.

Pelzwaren

Kragen, Krawatten und Muffen in allen Pelzarten ▫ enorme Auswahl aussergewöhnlich billig.

Mufflon-Kragen mit Schweifen von 135—170 cm lang

3^{50} 4^{50} 6^{75} 8^{50}

Kanin-Kragen und -Krawatten von 160—190 cm lang

3^{50} 4^{75} 6^{75} 8^{75}

Nerz-Murmel-Kragen mit Schweifen von 125—190 cm lang

4^{90} 6^{50} 10^{50} 12^{50}

Tibet- und Astrachan-Kragen mit Schweifen, ca. 200 cm lang

10^{50} 12^{50} 15^{00} 16^{50}

Echte Skunks-Kragen

33^{00} 48^{00} 52^{00} 60^{00}

Pelz-Kragen und -Muffen in echt Steinmarder, Opossum, Feh, Walaby, Seal, Bisam etc.

Kinder-Garnituren in echten Pelzarten und Imitationen.

Gesangverein „Harmonia" Rensefeld.

Am 30. Oktober starb unser langjähriger Dirigent und Ehrenmitglied

Heinrich Jäde sen.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Versammlung der Mitglieder zur Trauerfeier am 3. November, mittags 1½ Uhr im Vereinslokal.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich

F. Rohlf und Frau
Kremperdorf.

Unserm Freund u. Kollegen Heinrich Radden nebst Frau Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.

Die Ortsverwaltung des Fabrikarbeiter-Verbandes.

Zu vermieten **Drei-Zimmerwohnung** mit Balkon. Zu erfragen C. Friede, Brolingstraße 60.

Pianist oder Pianistin

während des Winterhalbjahres für Sonntags von 6½ bis 8½ Uhr abends gesucht, eventuell nur aller 14 Tage, pro Stunde 2,00 bis 2,25 Mark. Meldungen Johannisst. 50, Parteisekretariat, mittags u. abends.

Arbeiterinnen

gesucht.

August Schumacher
Ernestinenstraße 3.

Von der Reise zurück.

Dr. Winkelmann.

SINGER „66"

die Nähmaschine des 20. Jahrhunderts.

Man kaufe nur in unseren Läden
= oder durch deren Agenten. =

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Lübeck, Breite Straße 40.

Eine Broschüre mit Anleitung zum **Stopfen von Wäsche** wird **gratis** an Jedermann abgegeben.

Schuhwaren.

Herr.-Box-Schnürst. v. 8—16.— M.		
„ Rindl.-Schnürst., stark		7.50 „
„ Zug- u. Schnallenst.,		6.50 „
Knaben-Schnürst. a. genäht. Rindleb.		
	27—30	3.90 M.
„ „	31—35	4.90 „
„ „	36—39	6.25 „
Damen-Schnürst., Box.		8.50 „
„ „ Chevreau		8.25 „
„ „ Roßchevreau		6.75 „
Mädch.-Schnürst. (Box)	27-30	3.90 „
„ „ (Box)	31-35	4.50 „
„ „ (Roßl.)	27-30	3.25 „
„ „ (Roßl.)	31-35	3.75 „
Damen-Spangensch. v.		3.25-5.25 „
„ Hausschuhe		2.75 „

Filzsachen für Herren, Damen und Kinder billig.

Heinr. Beckmann
Reiferstraße 3.
Reparatur-Werkstatt.
Rabattmarken.

Käse!

Feinster Schweizer . . 85 Pfg.
Feiner Tilsiter 40, 50, 75 Pfg.
Reife echte Limburger 60 Pfg.
Kleinverkauf vom Engros-Lager
Fleischhauerstraße 48.

Damen-Frisier-Salon von Martha Bieninda,

Adlerstraße 35 c, Eing. Wickedestr.
Schicke und feste Frisur 40 Pfg.
Amerik. Kopfw. m. Frisur 75 Pfg.
Sonntags bis 8 Uhr abends geöffnet.

Achtung!
Zentralverband der Maschinisten und Heizer
Zahlstelle Lübeck.

Ordentliche Mitglieder-Versammlung

am Freitag, d. 3. November
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gauleiters E. Busch-Hamburg über „Die Entwickelung der Dampfkraft und ihre Kulturarbeit".
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Achtung!
Bauarbeiter-Verbd.

Baudelegierten-Sitzung
am Freitag, 3. Novbr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.

Es ist Pflicht der Kollegen, von allen Bauten für Vertretung zu sorgen.

Der Zweigvereinsvorstand.

NB. Vordruckzettel zur Gewerbegerichtswahl können im Bureau in Empfang genommen werden.

Kohlenkutscher und Kohlenplatzarbeiter!

Sektions-Versammlung
am Freitag, 3. Novmbr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 5. November 1911,

Zusammenkunft
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Vortrag: Von der Arche Noah bis zum modernen Schnelldampfer.

Der Jugendausschuß.

Schwartau-Rensefeld

Frauen-Versammlung
Freitag, den 3. Novbr.
abends 8½ Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).

Tagesordnung:
Unsere Pflichten im Wahlkampf.
Referentin: Käte Leu.

Alle Genossinnen müssen erscheinen.

Der Vorstand.

Arbeiter-Abstinentenbund

Versammlung
am Freitag, 3. November
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstrasse 50-52

Der Vorstand.

HANSA THEATER

Deutsch. Gastsp.-Ensemble d. Lyceumtheaters, London.

Vom 1. bis 8. November:

„Der Kampf um ein Grafenkind".

oder: **„Im wilden Westen".**

Dram. Roman aus 2 Welten in 4 Akten von Walter Melville.
1. Bild: Schloß Kerhill.
2. Bild: Salon d. Brandy Anny.
3. Bild: Vor der Farm Jims.
4. Bild: Der Liebestod der Indianerin.

Vorverkauf bei **Sager.**
Vorzugskarten wochent. gültig.

Neues Stadttheater.

Freitag, 3. November. 7½ Uhr.
Voll-Abonn. 42. Freitag-Ab. 7.

Zum 1. Male! Neu!

Der Gardeoffizier.
(Der Leibgardist.)
Komödie von Franz Molnar.

Sonnabend, 4. November. 7½ Uhr.

Bei kleinen Preisen!
Romeo und Julia.
Tragödie von Shakespeare.

In Vorbereitung! Neu!

Das Musikantenmädel.
Operette von Georg Jarno.

Stadthallentheater.

Freitag, 3. November. 8 Uhr.

Die Welt ohne Männer.
Schwank von Engel u. Horst.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel**, Markt 14, und **Roß**, Kohlmarkt 13.